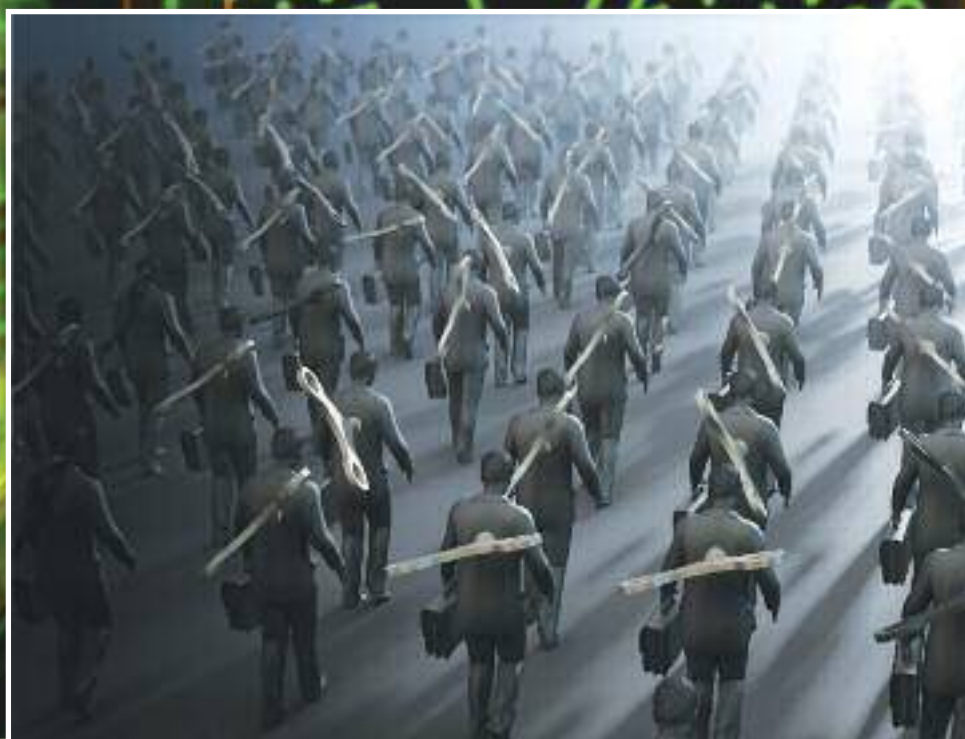


FAIRCONOMY

Für eine Welt mit Zukunft

Wir brauchen eine Geldwende!



Geldgipfel läutet Geldwende ein
Hochzeit für Geldverbesserer – eine Replik auf Thomas Fricke
Tagung: Negative Zinsen – ein heilsames Gift?

Liebe Leserinnen und Leser,

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) hat gerade ihren neuen Weltarbeitsbericht vorgelegt.

»Die Beschäftigungssituation verschlechtert sich in Europa, und in vielen anderen Ländern verbessert sie sich nicht mehr«, heißt es darin. Die »weltweite Beschäftigungskrise« habe eine neue, strukturelle Phase erreicht. Als besonders gravierendes Problem wird dabei die Jugendarbeitslosigkeit gesehen, die im Nahen Osten und in Regionen Nordafrikas am höchsten ist. Dort findet jeder dritte junge Mensch keinen Job, weshalb dort auch das Risiko sozialer Unruhen besonders groß sei.

Mehr als die Hälfte aller ArbeiterInnen in den Entwicklungsländern seien noch immer von prekären Jobbedingungen betroffen. Viele leben trotz Arbeit in Armut. Was sagt es denn aus über die Lebenszufriedenheit der ArbeiterInnen in den Entwicklungsländern, wenn der Anteil derjenigen, die weniger als zwei Dollar pro Tag verdienen, auf ein Drittel zurückgegangen ist?

Wenn Geldbesitz eine permanente Zugangsschranke zur Teilhabe darstellt, die jeder überwinden will, wie Karl Heinz Brodbeck das auf dem Geldgipfel der GLS Bank Stiftung in aller Deutlichkeit formulierte (S. 4ff), so ist das Streben nach Geld für viele schlicht eine Überlebensfrage. Andere wiederum verfügen über Geld im Überfluss.

Die öffentliche Debatte über diese Ungleichheit hat durch Thomas Pikettys Buch »Capital in the 21st Century« wieder an Fahrt gewonnen. Pikettys Daten beweisen, dass von Wachstum und Vermögensmehrung schon lange nicht mehr alle profitieren. Spätestens seit in den 1970er Jahren die Wachstumsrate zu fallen begann, hat eine zunehmende Kapitalquote eine Vermögensakkumulation und soziale Ungleichheit bewirkt, die der in Amerikas Gilded Age oder Europas Bel-

le Époque vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs immer näher kommt.

Die Brisanz der Lage lässt sich nicht mehr übersehen. Die reiche Oberschicht kann sich nicht länger darauf berufen, ihre Position durch Leistung »verdient« zu haben und als »Schaffer von Arbeitsplätzen« den Wohlstand der Gesellschaft zu fördern. Pikettys Buch ist deswegen so erfolgreich, weil die Zweifel an der »Trickle-down«-Theorie, wonach Wirtschaftswachstum und allgemeiner Wohlstand der Reichen nach und nach in die unteren Schichten der Gesellschaft durchsickern, inzwischen weit verbreitet sind. Die frühen Warner wie Silvio Gesell vor über hundert Jahren oder Helmut Creutz, Dieter Suhr und Werner Onken, die bereits 1986 in dem Buch »Wachstum bis zur Krise?« die Zusammenhänge von Zinspolitik, Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit erläutert haben, waren noch Rufer in der Wüste.

Doch wie mit den Problemen umgehen? Braucht es progressive Vermögens- und Einkommenssteuern, wie Piketty meint, oder ein Vollgeld, wie es eine Schweizer Volksinitiative fordert (S. 18)? Unerlässlich ist jedenfalls auch eine Gebühr auf Liquidität, wie die INWO sie fordert (S. 8ff). Alle Vorschläge sollten jetzt ernsthaft geprüft werden, um eine erneute »Lösung« des Problems mittels Kapitalvernichtung durch Krieg abzuwenden. Denn eins ist sicher: Wir brauchen eine Geldwende!



Beate Bockting

Kontakt: Redaktion@INWO.de

Inhalt

- 3 Heinz Girschweiler:
Den Boden als Gemeingut stärken
- 4 Beate Bockting: Geldgipfel läutet Geldwende ein
- 8 Hochzeit für Geldverbesserer? – Eine Replik auf Thomas Fricke
- 12 Klaus Willemsen: Führt EZB Negativzinsen ein?
- 13 SffO-Tagung: Negative Zinsen – ein heilsames Gift?
- 14 INWO Deutschland
- 16 INWO Schweiz
- 18 Vollgeld-Initiative in der Schweiz
- 19 Momo für Ökonomen: »Zeit ist Geld«
- 20 Buchvorstellungen
- 21 Bestellformular
- 22 Mitgliedsantrag INWO D
- 23 Termine Deutschland

Impressum

FAIRCONOMY 10. Jahrgang, Nr. 2 Juni 2014, ISSN 1860-9694

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

Redaktion: B. Bockting (V.i.S.d.P.), M. Gassner
E-Mail: Redaktion@INWO.de

Abo-E-Mail: Versand@INWO.de

Auflage: 2.000 Exemplare; davon 450 als »r-evolution« (INWO Schweiz)

Bildnachweis

Titelseite: © erwo1 / clipdealer.com, Martha de Jong-Lantink / flickr.com, cvp-design; Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage; 4-7: © Michael von der Lohe/GLS Bank Stiftung; 8: © Vlado Plaga / INWO; 9+11: © Helmut Creutz; 12: © EZB; 16: © Gerda Tobler - Sofie Honig, www.sofiehonig.ch, http://mutzurtransformation.com/; 18: © Netfall / fotolia.com; 19: © Friedrich Hechelmann / Chiemgauer e.V.; © SAT.1 BAYERN; 20: © A. Lindert-Rottke / fotolia.com; 23: © www.vollgeld-initiative.ch

Layout: cvp-design, Christina v. Puttkamer, München

Druck: Neumann, Landshut (gedruckt auf 100% Recyclingpapier)

Herausgeberin: INWO Deutschland e.V., Max-Bock-Str. 55, 60320 Frankfurt

Abo-Kontakt: Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg,
Telefon: +49 6623 919601, Fax: +49 6623 919602,
E-Mail: INWO@INWO.de, http://www.INWO.de

Kontoverbindung:

Konto 6010451400 bei der GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum (BLZ: 430 609 67)
IBAN: DE 32430609676010451400, BIC: GENO DE M 1 GLS

Die FAIRCONOMY ist die Zeitschrift der INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V.). Mit dieser Zeitschrift machen wir auf unsere Idee der FAIRCONOMY aufmerksam und informieren unsere Mitglieder. FAIRCONOMY steht für eine Welt mit Zukunft. Sie schafft die Grundlage für eine nachhaltige, stabile und gerechte Marktwirtschaft ohne kapitalistische Auswüchse. Voraussetzung für die FAIRCONOMY ist ei-

ne Geld- und Bodenreform. Sie sorgt dafür, dass die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Mit der FAIRCONOMY gehört die Umverteilung von unten nach oben der Vergangenheit an. Sie ermöglicht Wohlstand für alle, Chancengleichheit und Frieden.

Den Boden als Gemeingut stärken

Sechs Schweizer Stiftungen haben sich zum Infonetzwerk Gemeingut Boden zusammengeschlossen. Jetzt wagen sie den ersten gemeinsamen Schritt an die Öffentlichkeit. Im November laden sie zur Tagung »Boden behalten, Stadt gestalten«, nach Schaffhausen.

Das Eigentum ist gewährleistet«, steht seit fast einem halben Jahrhundert in der schweizerischen Bundesverfassung. Gemeint ist mit dem Eigentum auch jenes an Grund und Boden. Keine Sozialpflichtigkeit ergänzt diesen Grundsatz. Hingegen die glasklare Bestimmung, Enteignungen zu öffentlichen Zwecken seien voll zu entschädigen.

Die Folgen dieses sogenannt liberalen Bodenrechts sind nicht ausgeblieben: Nachfrage und Spekulation treiben die Bodenpreise in astronomische Höhen. Mehrere Hundert Euro, an besonderen Lagen aber auch fünfstellige Beträge, kostet ein einziger Quadratmeter davon. Wohnungspreise von schnell 500.000 bis 1 Million Euro sind die Folge davon, Wohnungsmieten schlagen schnell mit 2.000 bis 4.000 Franken zu Buche.

Zürich verkauft kein Wohnbauland

Einzelne Städte wie Basel, Biel, Zürich oder Schaffhausen haben schon vor Jahrzehnten begonnen, eigene Grundstücke, die sie für öffentliche Zwecke nicht benötigten, im Erbbaurecht (in der Schweiz: Baurecht) für Jahrzehnte zur Nutzung abzugeben. Dies mit zum Teil grossem Erfolg. Die Stadt Zürich zum Beispiel verkauft seit 60 Jahren kein Wohnbauland mehr, sondern sie vergibt es in Erbpacht an Genossenschaften. Die Folge dieser Politik: ein hoher Anteil an Genossenschaftswohnungen zu vernünftigen Preisen mit dämpfendem Effekt auf die Preise im freien Wohnungsmarkt.

Basler Initiative: Zweiter Anlauf

In der Stadt Basel wiederum haben fortschrittliche Kräfte 2012 eine Volksinitiative mit dem Titel »Boden behalten, Basel gestalten« lanciert. Sie wollten die Kantonsregierung zwingen, künftig auf den Verkauf von Boden zu verzichten. Der Regierungsrat hat auf diese Initiative mit einem guten Gegenvorschlag reagiert, scheiterte jedoch im letzten Dezember im Stadtparlament hauchdünn mit 47:46 Stimmen. Die Initianten gaben nicht auf und lancierten schon am nächsten Tag eine zweite Volksinitiative, welche inhaltlich und formal genau diesem gescheiterten Gegenvorschlag entspricht. Die Initianten sind zuversichtlich, dass sie – zusammen mit dem Regierungsrat – dieses Vorhaben durch die Volksabstimmung bringen werden.

Das Beispiel Schaffhausen

Und dann ist da das Beispiel der Stadt Schaffhausen, welches für das Geschehen in manch anderer Schweizer Kommune steht: Weil die Stadt am Rheinfluss in einem finanziellen Engpass steckt, möchte die Stadtregierung Baurechtsgrundstücke in grosser Zahl veräussern. Gegen dieses Ansinnen hat sich eine lokale Opposition gebildet, welche in einem Fall knapp obsiegt hat, im zweiten knapp unterlegen ist. Das Infonetzwerk Boden hat sich deshalb entschlossen, die Schaffhauser Opposition gegen die Ausverkaufspolitik der Stadt mit einer öffentlichen Tagung zu unterstützen. Sie findet am Samstag, den 22. November 2014 statt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben die Möglichkeit, sich, ihre Erfahrungen, Fragen und Einwände in einem von fünf Workshops einzubringen. Die Veranstalter hoffen auf viele Anmeldungen aus der ganzen Schweiz, aber auch aus Süddeutschland.

Der Boden gehört allen

Grundanliegen der Veranstalter von Gemeingut Boden ist es, die Vorzüge öffentlichen Eigentums an der Lebensgrundlage Boden populärer zu machen. Öffentliches Grundeigentum drängt sich auf, weil

- die Grundrente nicht in private Hände, sondern der Allgemeinheit gehört,
- die Einnahmen aus den Nutzungsgebühren die öffentlichen Haushalte langfristig und konstant entlasten können,
- die Vergabe auf Zeit es kommenden Generationen von Bürgern ermöglicht, wieder neu über die sinnvolle Nutzung von Grundstücken zu entscheiden,
- es den Behörden eine aktivere Rolle in der Stadtentwicklung und Quartierplanung ermöglicht,

- die direkte Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus erleichtert.

Nicht nur in den genannten Städten, in vielen weiteren Gemeinden ist das Bodenthema aktuell. Ein Ziel des Anlasses ist es deshalb auch, lokale Gruppierungen miteinander in Kontakt zu bringen. Vielleicht kann aus solchen Kontakten dereinst eine Interessengemeinschaft entstehen, wie sie in Deutschland seit 2013 mit dem Deutschen Erbbaurechtsverband bereits besteht.

Lokale Aktivisten vernetzen

Neben der direkten Förderung des Erbbaurechts mit öffentlichen oder zumindest gemeinnützigen Baurechtgebern gibt es erfreulicherweise in der Schweiz weitere Signale, dass es zumindest Teilen des Volkes immer klarer wird, dass unbeschränktes Privateigentum an Boden kein Freiheits-, sondern ein Vorrecht und deshalb demokratiefeindlich ist.

In letzter Zeit hat das Schweizer Stimmvolk den Bau von Zweitwohnungen in den Feriendestinationen beschränkt. Es hat das Raumplanungsgesetz verschärft und die Kantone aufgefordert, eine Mehrwertabschöpfung einzuführen. Und im Kanton Zürich haben die Stimmberechtigten einer Initiative zum Schutz wertvollen Kulturlandes vor Überbauung zugestimmt.

Mit grosser Sympathie verfolgen die Schweizer Bodenreformer auch die Bestrebungen der deutschen Initiativegruppe »Grundsteuer: Zeitgemäss«, die sich für eine zukunftssträchtige Revision der veralteten deutschen Grundsteuer einsetzt.

Heinz Girschweiler



Boden behalten, Stadt gestalten

Öffentliche Tagung in der Kantonsschule Schaffhausen

Samstag, 22. November 2014, 9-17 Uhr

Mit Referaten zur Bodenpolitik in Basel, Biel, Zürich und Schaffhausen. Workshops. Podiumsgespräch mit Schaffhauser Politikern, Genossenschaftlern, Architekten. Einwurfe des Künstlerduos Sago aus Essen (D).

Tagungsbeitrag: 100 Fr. (inkl. Begrüssungskaffee, Mittagessen, Dessert, Apéro)

Reduzierter Ansatz: 60 Fr.

Detailliertes Tagungsprogramm, Informationen und Anmeldungen: NWO-Stiftung Belcampo, Rodtmattstrasse 39, 3014 Bern, www.nwo-belcampo.ch; info@nwo-belcampo.ch

Geldgipfel läutet Geldwende ein

Am 1. und 2. Mai lud die GLS Bank Stiftung zum »Geldgipfel« an die Universität Witten/Herdecke ein. Diese Veranstaltung soll fortan jährlich stattfinden mit dem Ziel, nach der Energiewende endlich auch eine Geldwende einzuleiten.

Der Wunsch nach einer Geldwende trifft offenbar den Nerv der Zeit. Mehr als 500 Personen hatten sich zum ersten Geldgipfel angemeldet, nur die ersten 400 erhielten eine Zusage. Ein Teil der Gäste musste sich zudem mit einer Bildschirmübertragung des Hauptprogramms aus dem vollen Audimax der Universität in andere Räume begnügen.

Die Einladung hatte offenbar gezündet. »Wie konnte es passieren, dass sich global ein ökonomisches Mainstreamdenken durchgesetzt hat, das keine Antworten auf aktuelle Krisen weiß und keine Lösungsansätze anbietet für eine nachhaltige Geld- und Finanzordnung, die der Befriedigung menschlicher, nachhaltiger Bedürfnisse verpflichtet ist und sich in den Dienst der Realwirtschaft stellt?«, hatten die Stiftungsvorstände Lukas Beckmann und Thomas Jorberg im Einladungstext gefragt und ernüchtert festgestellt: »Auch die jüngste Finanzkrise hat in der Bankenwelt,

in der Wissenschaft und in der Politik nicht dazu geführt, die Grundlagen unserer Geld- und Finanzordnung grundlegender zu hinterfragen.«

Geld als dienendes Gestaltungsmittel

Das soll sich ändern. Die GLS Bank Stiftung will mit anderen Interessierten an den Grundlagen einer Geldordnung arbeiten, »in der Geld als nachhaltiges, soziales und ökologisches Gestaltungsmittel wirkt und eine dienende Funktion für Wirtschaft und Gesellschaft wahrnimmt«. Lukas Beckmann, der ehemals Bundesgeschäftsführer und lange Jahre Fraktionsgeschäftsführer der Grünen im Bundestag war, erinnerte in seiner Begrüßungsrede an solche grundlegenden Diskussionen, die unter anderem »am Bodensee« intensiv geführt worden seien – wohl eine Anspielung auf das Internationale Kulturzentrum Achberg, ein Ort der Suche nach einem »Dritten Weg« zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Auch die von Joseph

Beuys gegründete Freie Internationale Universität war dort beteiligt, bei der Beckmann 1978/79, noch vor seiner Partei-Laufbahn, an Entwürfen einer sozialen Zukunft mitgearbeitet hat.

Prof. Dr. Rudolf Wimmer, Vizepräsident der Universität, stellte im Grußwort vor allem die selbstreferentiellen Geschäfte des Geldes in Frage. »Man ›lässt Geld für sich arbeiten‹ – aber führt dies tatsächlich zu einer Wertschöpfung, die unseren Wohlstand erhält, oder wird dadurch nur die Spreizung zwischen Arm und Reich angeheizt?«

Finanzkrise ist Krise der Ratio

Den eigentlichen Eröffnungsvortrag durfte Prof. Dr. Karl Heinz Brodbeck halten, der nicht nur ein Kenner buddhistischer Wirtschaftsethik ist, sondern mit »Die Herrschaft des Geldes« 2009 eine über 1.000 Seiten starke allgemeine Geschichte und Systematik des Geldes vorgelegt hat. Eingepägt hat sich vielen Zuhörern insbesondere, dass Brodbeck die »Rolle eines Sherpas« übernehmen wollte, der sich um die Ausrüstung der Gipfelschürmer kümmert. Man dürfe von dieser ersten Tagung noch keinen Gipfelsieg erwarten, sondern es gelte zunächst einmal ein Basislager zu errichten und gut auszustatten, damit die Expedition erfolgreich verlaufen könne. Brodbeck unterschied zwei grundsätzliche Wege der Geld-Erklärung. Der eine, als dessen Vertreter er Karl Menger und Friedrich August von Hayek nannte, sehe Geld als etwas natürlich Entstandenes, als Resultat einer unbewussten Evolution, die man möglichst nicht durch Geldpolitik stören solle. Der andere, der chartalistische Weg, sehe Geld als Geschöpf der Rechtsordnung. Er gehe u.a. zurück auf Georg Knapp.

Sucht man nach historischen Belegen, wie Geld entstanden ist, finden sich schon 5.000 Jahre v.u.Z. in Babylon Vorläufer unserer modernen Geldrechnung. Und im mesopotamischen Recht lassen sich schon im 18. Jahrhundert v.u.Z. in den Keilschriften des Kodex Hammurabi Zinssätze nachweisen. Das rechnende Denken (»Ratio«, im Unterschied zu »Logos«) sei den Menschen schon eigen gewesen, bevor es Geld gab. Voraussetzung seien Maßsysteme und somit »die Vermessung



der Welt«, denn Preise werden ja zum Beispiel pro Stück oder pro Kilogramm berechnet. Brodbeck warnte jedoch: Die Geldfunktion der Rechnungseinheit hat kein einheitliches Maß. Unser Geld hat keinen eigenen Wert, diese Vorstellung sei lediglich ein illusionärer kollektiver Glaube. Wenn man hier von einem Wert sprechen könne, dann nur von Vertrauen.

Seiner Rolle gerecht werdend versäumte Brodbeck nicht, im Geldzusammenhang auch das Eigentumsrecht zu erwähnen. Man könne zwei Gruppen von Menschen unterscheiden: Vermögende und Verdienende. Das Geld stellt eine permanente Zugangsschranke zur Teilhabe dar, die jeder überwinden möchte. Das erkläre auch die Entstehung von Zins. Wenn wir das Geld reformieren wollen, müssen wir uns unser rechnendes Denken anschauen, riet Brodbeck. »Wir befinden uns nicht nur in einer Finanzkrise, sondern in einer Krise der Ratio.«

Vom Denken zum Handeln

Während Brodbeck das Denken über Geld beleuchtete, ging es im Vortrag des GLS-Vorstands Thomas Jorberg darum, »Wie unser Handeln Geld verändert«. Jorberg, der sich als Pragmatiker sieht, geht davon aus, dass es neben dem veränderten Denken auch institutionelle Änderungen braucht. Man müsse auch sehen, dass global nur 30 Prozent der Menschen überhaupt Zugang zu Bankdienstleistungen hätten. Er habe gerade in Peru erlebt, wie dort Banken gemeinsam überlegen, wie man den anderen 70 Prozent auch Zugang verschaffen könne. Das Mittel der Wahl sei hier das Mobile Banking, denn 70 Prozent der Menschen verfügten über ein Handy und die Netzerreichbarkeit liege weltweit sogar bei 90 Prozent. Es brauche also im Grunde nur eine Technik, mit der über Geben und Nehmen buchgeführt werde. Er stelle sich die Frage, ob und wie dann noch staat-

»Ist nicht das Bankensystem und mit ihm das Geld als öffentliches Gut anzusehen?«

Prof. Dr. Birger Priddat

licher Einfluss gewährleistet werden könne. Scharfe Kritik übte Jorberg an der Eröffnungsansprache von Bundespräsident Gauck



Karl Heinz Brodbeck bot sich als Sherpa für den Aufstieg zum Geldgipfel an.

beim 20. Deutschen Bankentag, die sogar weit hinter dem zurückgeblieben sei, was Banken nach Ausbruch der Finanzkrise an Selbstkritik zugelassen hätten. Hier hob Jorberg einen Essay der Banker Christian Olearius und Bernd Thiemann in der FAZ vom 8.12.2012 positiv hervor, aus dem er zitierte: »Dort, wo Verantwortlichkeiten außer Kraft gesetzt sind oder sich nicht mehr personaliter identifizieren lassen, geht die Fähigkeit zur Selbstdistanz verloren, und jede Gesellschaft, die den Distanzverlust zum Prinzip erhebt, steuert auf eine kollektive Persönlichkeitsstörung zu. Schon jetzt bemisst sich unser Denken und Handeln nur noch nach Transaktionen, und die Ich-Identität wird der Flexibilität zum Opfer gebracht.« Tatsächlich komme es auf die Übernahme von Verantwortung an, aber »in der ökonomischen Entscheidungsmatrix kommt ökologische und soziale Verantwortung nicht vor«, so Jorberg. So ist auch in den nun vorgeschriebenen Anlage-Beratungsprotokollen die Frage der sinnvollen Verwendung des anzulegenden Geldes nicht enthalten. Genauso geht es beim Rating nicht um Sinn und Verantwortung. Die Schlussfolgerung: Entscheidungssysteme müssen verändert werden. Die heutige Regulierung zementiert jedoch die Problemursachen.

Die Workshops

Nach dieser Einstimmung verteilten sich die Gäste auf sieben Workshops: Im Workshop zum Thema Vollgeld erörterten Prof. Dr. Joseph Huber und Andreas Neukirch, was seine Einführung für die Geschäftsmodelle von Banken bedeuten würde.

Dr. Matthias Kroll, Suleika Reiners und Dr. Paschen von Flotow diskutierten mit ihren Workshop-Teilnehmern über globale Regelungen zur Finanzierung einer internationalen Klimaintervention.

Prof. Dr. Harald Schwaetzer, Dr. Richard Everett und Hermann Leisse machten sich Gedanken über die wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung des Schenkens.

Christian Gelleri und Leander Bindewald stellten regionale Komplementärwährungen vor und hinterfragten deren wirtschaftliche und ordnungspolitische Bedeutung in lokalen, nationalen und europäischen Regionen.

Im Workshop »Ökonomische Bildung – Qualität durch Vielfalt«, geleitet von Prof. Dr. Silja Graupe, Dr. Claudia Langen und Kay Kurum, ging es um die Kritik an der abstrakt-mathematischen, neoklassischen Denktechnik, die alle gängigen ökonomischen Lehrbücher durchzieht. Der ökonomische Mainstream untersuche nicht mehr die Realität der Wirtschaft und versäume es, zur kritischen Reflexion sowie zur Verantwortung für das eigene Handeln zu befähigen.

Dr. Hildegard Kurt und der Beuys-Schüler Johannes Stüttgen setzten in ihrem Workshop auf »Transformation durch Kunst« und erklärten, wie Kunst Menschen und Geld verändert.

Sarah Debor, Uwe Greff, Luise Neumann-Cosel und Dr. Antje Tönnis sehen solches Transformationspotenzial in Biobodengesellschaften und Energiegenossenschaften. In ihrem Workshop ging es darum, wie neue Geldflüsse auch systemimmanent die Gesellschaft verändern können.

Workshop zur Vollgeld-Reform

Ich selbst besuchte Workshop 1 zum Thema »Giralgeld, Vollgeld und ihre Bedeutung für die Geschäftsmodelle von Banken«. Joseph Huber plädierte für eine Vollgeldreform, die er in ihren Grundzügen vorstellte, während Andreas Neukirch vom Vorstand der GLS-Bank Hubers Ausführungen kritisch hinterfragte. Huber sieht die »überschießende Giralgeldschöpfung« in einem »inhärent inflationären System« als Krisenursache. Während das BIP von 1992 bis 2008 nur um real 23 % gewachsen ist, ist die Geldmenge M1 um 189 % angestiegen. 100 Euro Giralgeld stehen nur noch 3 Euro Zentralbankgeld gegenüber, verteilt auf Bargeld, Mindestreserve und Überschussreserve. Huber will den Geschäftsbanken die Möglichkeit der Giralgeldschöpfung nehmen und die Geldschöpfung allein einer Vierten Gewalt im Staat, der Monetative, überlassen, denn »die Kontrolle der Geldmenge ist das A und O«, so Huber.

Aus freiwirtschaftlicher Sicht ist dies natürlich nur die halbe Miete, denn mindestens genauso wichtig ist die Versteigerung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes! Ergibt sich doch aus einer genaueren Betrachtung die Erkenntnis, dass hauptsächlich das Sinken der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes in der Realwirtschaft zu eben dem genannten Problem der »überschießenden Giralgeldschöpfung« geführt hat. Die Frage, ob diese Giralgeldschöpfung (besser gesagt: Sichtguthabenschöpfung) der Geschäftsbanken tatsächlich (zunächst) quasi unabhängig von der Zentralbank stattgefunden hat, oder aber auf dem Wege der Refinanzierung über

»Das Geld schreit nach Erlösung!«

Johannes Stüttgen

die Zentralbank als Neugeldschöpfung, ist zwar interessant, stellt sich dann aber eher nachrangig.

Dennoch entzündeten sich im Workshop die Gemüter auch wieder an dieser Frage. Neukirch bestritt nämlich, dass eine Bank ohne entsprechende Einlagen Kredite vergeben würde – während Huber und andere Teilnehmer darauf aufmerksam machten, dass selbst die Bank of England dies kürzlich offiziell verlautbart hat. Banken mit Einlagenüberschuss, wie die GLS, kommen ja auch nicht in die Verlegenheit.



Stiftungsvorstand Lukas Beckmann führte durch das Tagungsprogramm.

Die Verunsicherung im Publikum war deutlich spürbar, selbst unter den anwesenden Professoren. Es ging vieles durcheinander. – Für mich ein deutliches Zeichen, dass hier großer Klärungsbedarf besteht.

In der Diskussion wurde außerdem erörtert, ob es überhaupt wünschenswert sei, dass eine zentrale Instanz die Geldmenge vorgeben würde. Es wurde auch angezweifelt, dass eine solche Instanz den Geldbedarf richtig einschätzen könne. Huber stellte klar, dass es natürlich auch unter einem Vollgeld-Regime weiterhin eine Beobachtung und Analyse wirtschaftlicher Indikatoren geben, dass aber die Zentralbank (bzw. Monetative) zur Sicherung der Geldwertstabilität die volle Kontrolle über die Geldmenge bekommen müsse.

Ein weiterer interessanter Punkt, der in der Diskussion auftauchte, war die Rolle der Mindestreserve. Ein dem Vollgeld eng verwandtes Konzept, das »100% Money«, 1935 vom berühmten amerikanischen Nationalökonom Irving Fisher lanciert, sieht ja das Problem in der nur noch fraktionalen Reserve und empfiehlt eine 100%ige Deckung der Sichtguthaben durch Zentralbankgeld. Schon Fisher hatte erkannt, dass der Kreditmarkt nicht einfach nur zur Vermittlung überschüssiger Gelder an Investoren diene, sondern schon damals zur Umlaufmittel-Quelle für den Großteil der Bevölkerung ausgeartet war. Die britische Schwesterorganisation des deutschen Monetative e.V., macht schon mit ihrem Namen darauf aufmerksam, worum es bei diesen Vorschlägen im Kern geht: um die Einführung von »Positive Money« (positivem Geld), das nicht auf dem Kreditweg ent-

steht, sondern positiv zwischen den Menschen umläuft.

Hochzeit für Geldverbesserer?

An diesen Aspekt knüpfte auch Sven Giegold im letzten Vortrag des Tages indirekt an, als er unter anderem das schuldenfinanzierte Wachstum hinterfragte. Giegold, Attac-Mitbegründer und seit 2008 Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen rekapitulierte die letzten fünf Jahre als grüner Vertreter im Wirtschafts- und Währungsausschuss des Europäischen Parlaments. Er sei in einem Moment dazugestoßen, als nach dem Übergriff der Krise auf Europa durch die drohende Zahlungsunfähigkeit Griechenlands Ende 2009 die ideologische Verunsicherung in diesem Ausschuss sehr groß gewesen sei: »Die Kaiser waren nackt.«

Nichtsdestotrotz sei es vor allem darum gegangen, die in der akuten Krise auf den G20-Treffen 2009 getroffenen Vereinbarungen abzuarbeiten. Die Amerikaner seien mit dem Versuch der Finanzmarktregulierung durch den Dodd-Frank-Act schneller vorangekommen, während in Europa mühsam über eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen verhandelt werden musste. Für alternative Ideen sei kein Raum gewesen. »Parlamente sind nicht der Ort, in dem ökonomische Revolutionen gemacht werden«, so Giegold. Es brauche hierzu den Druck der Bürgerinnen und Bürger. So appellierte er: »Menschen, die sich für Nachhaltigkeit interessieren, sollten sich mit Ökonomie beschäftigen!« Womöglich noch wichtiger sei eine entsprechende Beratung durch Ökonomen, denn ohne die Wissen-

schaft laufe in der Politik nichts. Trotz der Schwierigkeiten habe er sich jedoch entschieden, realpolitisch »das Beste herauszuholen«, und erwähnte besonders positiv »als die größte Reform« die Bankenunion, bei der erstmals die europäischen Großbanken unter eine gesamteuropäische, statt nationale Aufsicht gestellt werden.

In dem anschließenden, sehr turbulenten Podiumsgespräch mit Prof. Dr. Dr. Helge Peukert stellte dieser die bisherigen Reformbemühungen in ein weitaus negativeres Licht und warf Giegold indirekt einen Verrat an seinen Idealen vor.

Sein Interesse an alternativökonomischen Ideen versuchte Sven Giegold jedoch dadurch zu dokumentieren, dass er pünktlich zum Geldgipfel eine bei dem früheren Chefökonom der Financial Times Deutschland, Thomas Fricke, in Auftrag gegebene so genannte »Kurzstudie« vorlegte, zu der man unter dieser Internetadresse Stellung beziehen kann: <http://www.sven-giegold.de/2014/kurzstudie-hochzeit-fuer-geldverbesserer/> Nach der Internetadresse bitte einfügen: (Siehe auch Antwort INWO, S. 8ff)

Geld als öffentliches Gut

Der zweite Tag begann mit einem zuvor aufgezeichneten Gespräch mit Prof. Dr. Hans Christoph Binswanger, der aus gesundheitlichen Gründen nicht anreisen konnte. Ich selbst traf zu spät ein, um das Video anzuschauen, habe aber erfahren, dass der renommierte Vordenker einer ökologischen Steuerreform abermals die Bedeutung von Geld als Ausgangspunkt aller ökonomischen Analyse herausgestrichen hat. Da die Unternehmen zur Vorfinanzierung auf Kredite angewiesen seien, stünden diese Kredite am Anfang der Wertschöpfungskette. Dadurch entstehe der Wachstumszwang. Binswanger plädierte für ein nur noch moderates Wachstum, gesteuert von der Zentralbank in einem 100%-Geld-System. Auch der freiwirtschaftliche Ansatz, von ihm als »Schwundgeld« bezeichnet, fand positive Erwähnung.

Nach der Fortsetzung der Workshops vom Vortag kam Prof. Dr. Birger Priddat an die Reihe. Als Institutionenökonom und Philosoph sei er insbesondere an Regulierungsfragen und staatsrechtlichem Denken interessiert. Aufgabe des Staates sei es, »Freiheitsmanagement« zu betreiben und dabei zu prüfen, ob die Märkte tatsächlich der allgemeinen Wohlfahrt dienen. Steuern sind aus dieser Sicht zur »Aufrechterhaltung der Infrastruktur der Freiheit« da. Daher sieht Priddat es auch als problematisch an, dass sich der Staat zunehmend über Schulden finanzierte. Zur Infrastruktur der Freiheit zähle aber in unserer Gesellschaft auch der Zahlungsverkehr, wodurch den Banken eine enorme Macht gegeben sei. Ihm stelle sich daher die Fra-

ge, ob nicht das Bankensystem als öffentliches Gut anzusehen sei und ob nicht auch das Geld ein öffentliches Gut sein sollte. Die Angemessenheit der derzeitigen (Primär-)Verteilung und die gesellschaftliche Legitimität der heutigen Finanzmärkte wurden von Priddat stark angezweifelt.

Anschließend wurden die Diskussionen der sieben Workshops von Studenten der Universität im Plenum eindrucksvoll zusammengefasst. Danach betrat der frühere Bremer Umweltsenator Reinhard Loske das Podium, der seit April 2013 Professor für Nachhaltigkeit und Transformationsdynamik an der Universität Witten/Herdecke ist. Als Grüner und als Projektleiter für »Klimapolitik« am Wup-

mogenisiert werde, sondern eine Vielfalt bestehen bleibe. In Deutschland gebe es immerhin noch Stakeholder- statt Shareholder-Banken: Die Sparkassen und Volksbanken müssten erhalten bleiben.

Gemeinsames Leitbild der Geldbewegung?

Loske stellte zum Ende des Geldgipfels eine entscheidende Frage: Ob denn die Geldbewegung ein gemeinsames Leitbild habe? Immerhin konnte er einige Punkte aufzählen, die auch das Publikum zu teilen schien, zum Beispiel, dass Geld als sozialökonomisches Gestaltungsmittel sich nicht in wenigen Händen konzentrieren sollte, dass Transparenz darüber bestehen sollte, was die Banken mit



Sven Giegold appellierte an Wissenschaftler und Bürger, den Politikern Druck zu machen.

pertal Institut hat er die Bemühungen um eine Energiewende intensiv miterlebt. Die Energiewende wie auch verschiedene andere »Wenden« bestünden nicht allein in der Ablehnung der technischen Hardware, sondern auch der dahinterstehenden Ideologie, insbesondere der Machtkonzentration, so Loske. Die Initiatoren solcher Wenden seien in der Regel »Freaks«, wie er sie beispielsweise in den Anfängen auf den Husumer Energietagen erlebt habe. Heute träfe man dort nicht nur professionelle Idealisten, sondern auch Leute, die mit Erneuerbarer Energie Geld verdienen wollten. »Der Kapitalismus ist ein verdammtes intelligentes Biest«, warnte Loske. Er schaffe es, Bedürfnisse zu transformieren. Auch im Geldbereich müsse man Sorge tragen, dass nicht alles eingeebnet und ho-

unserem Geld machen, dass Geld der Gesellschaft dienen und dass es weiterhin dezentrale, in ihrer Größe beschränkte Geldhäuser geben sollte.

Auf eine andere Frage Loskes, nämlich ob man über Geld überhaupt separat diskutieren könne oder nur im Zusammenhang mit anderen gesellschaftlichen Themen, antwortete Lukas Beckmann in seinem Schlusswort mit einem klaren Ja. Es macht Sinn, Geld ganz gezielt zu thematisieren. Geld ist bis vor wenigen Jahren kaum ein Thema gewesen. Das muss sich ändern. »Wir müssen das Thema fokussieren!«, so Beckmann. Der große Applaus am Ende des Geldgipfels zeigte, dass die Gäste dies auch so sehen.

Beate Bocking

Hochzeit für Geldverbesserer? – Eine Replik auf Thomas Fricke

Im Auftrag des grünen EU-Parlamentariers Sven Giegold hat der frühere Chefökonom der Financial Times Deutschland eine »Kurzstudie« zu alternativen Geldreform-Ideen, unter anderem auch zum Freigeld, verfasst. Hier die Antwort der INWO Deutschland.



Als Redakteur und Kolumnist beim Berliner *Tagesspiegel*, der *WirtschaftsWoche* und dem *Manager Magazin*, dann als langjähriger Chefökonom der *Financial Times Deutschland*, später auch der anderen Wirtschaftsmedien von Gruner & Jahr, wie *Capital*, *Börse Online* und *Impulse*, verfügt Thomas Fricke über viel Erfahrung im Wirtschaftsjournalismus.

Angesichts seiner oberflächlichen Darstellungen alternativer Geldreformideen in dieser »Studie« belegt er aber leider exemplarisch die diesbezügliche Scheuklappenmentalität der Wirtschaftsjournalisten, die sich erst durch den offenen Ausbruch der Finanzkrisen hier und da zu ändern scheint. Immerhin ist es positiv zu bewerten, dass Fricke den Auftrag von Giegold angenommen hat. Soll die Studie doch »einen ersten Beitrag leisten, jene Lücke zu schließen, die dadurch entstanden

»Addiert man die Zinszahlungen der Banken an die Sparer, dann kommt man auf eine Gesamtsumme von 6.236 Milliarden Euro, ein Betrag, der fast mit den gesamten heutigen Bankeinlagen (6.856 Mrd) identisch ist!«

ist, dass sich die etablierte Wirtschaftswissenschaft und Praktikerszene der Notenbanker und Regierenden bis vor Kurzem so gut wie gar nicht mit den Vorschlägen für eine neue Geldordnung beschäftigt hat.«

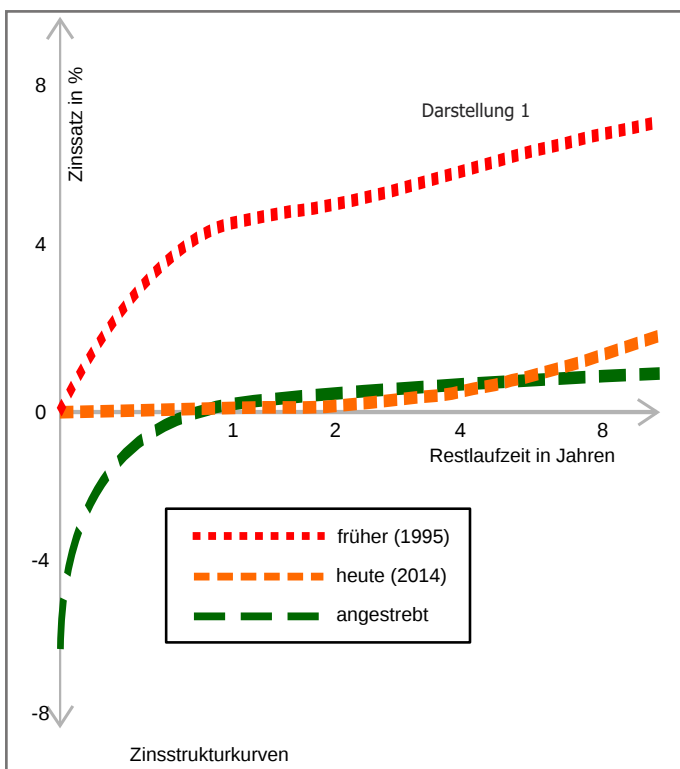
Es ist tatsächlich ein großes Manko, dass Ökonomen gleichermaßen wie Wirtschaftsjournalisten und Politiker oft viel zu wenig über die Funktionsweisen des Geldsystems wissen und Monetärökonomie bislang ein eher stiefmütterliches Dasein fristete. Das muss sich dringend ändern. Und die Praktikerszene der (Noten-)Banker? Sie stecken vielleicht viel zu sehr in ihrem eigenen Hamsterrad, gerade in Krisenzeiten. In einem Essay des *Economist* vom 12. April wird ausgeführt, dass das heutige Geld- und Finanzsystem durch vergangene Krisen geformt wurde. Wir leben offenbar mit einem mehr schlecht als recht funktionierenden Produkt aus Notlösungen in Krisenzeiten.

Geld als Infrastruktur der Freiheit

Höchste Zeit also, dieses System einer grundlegenden Betrachtung zu unterziehen, auch unter staatsrechtlichen, ordnungspolitischen Gesichtspunkten, wie Prof. Dr. Birger

Priddat dies auf dem Geldgipfel der *GLS Bank Stiftung* gefordert hat. Staaten sollten demnach »Freiheitsmanagement« betreiben und ihre Steuern der »Aufrechterhaltung der Infrastruktur der Freiheit« dienen. Auch der Zahlungsverkehr gehört zu dieser Infrastruktur. Von daher stellt sich die Frage, ob nicht das Bankensystem wie auch das Geld an sich als öffentliches Gut betrachtet werden müssen. Die Lösungsvorschläge der INWO, der heute größten freiwirtschaftlichen Organisation, verfolgen genau diesen Ansatz.

Ziel von Fricke's Expertise sei es, »einzuzuordnen und einzuschätzen, inwieweit solche neuen Geldordnungen geeignet sind, Krisen des Finanzsystems im weiteren Sinne zu beheben und so für eine tragfähigere Wirtschaftsentwicklung zu sorgen.« Zunächst fragt der Autor: Wie weit geht der Konsens in der Diagnose? – Ohne offenbar die Diagnosen der einzelnen Alternativbewegungen zu kennen, nennt er hier lediglich die exzessiv ausgeweitete Kreditvergabe und die Entkopplung der Finanzbranche, mit ihren »Boom-Bust-Dramen«, von der Realwirtschaft. Den Anhängern der Freiwirtschaftslehre unterstellt er dann pauschal, dass für sie »ein Krisengrundübel per se in der Verzinsung von Geld« liege. Es ist allerdings falsch, wenn so getan wird, als wollten wir die Zinsen komplett abschaffen. Wir streiten ihre Rolle bei der Allokation von Finanzmitteln oder im Einsatz gegen Konjunkturüberhitzung gar nicht ab, wie Fricke weiter unten im Text anzunehmen scheint, obwohl denkbar durchaus



auch andere Mechanismen diese Zwecke erfüllen könnten.

Differenzierte Betrachtung von Zinsen

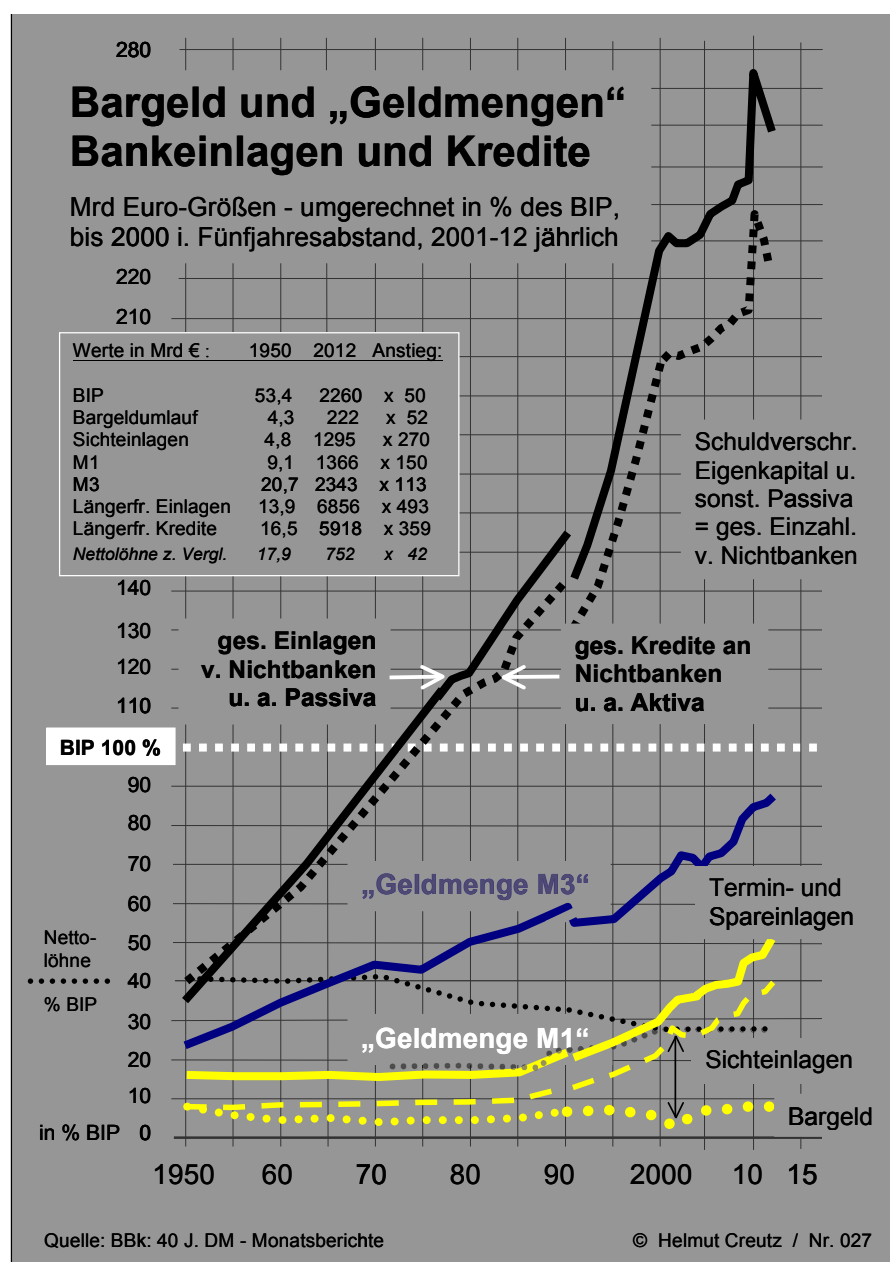
Zins ist nicht gleich Zins. So sind beispielsweise die verschiedenen Notenbankzinsen, die ihrerseits verschiedene Funktionen haben, von den Guthaben- und Kreditzinsen der Geschäftsbanken zu unterscheiden. Die Freiwirtschaft differenziert bei letzteren Zinsen zwischen verschiedenen Anteilen und problematisiert lediglich den von Silvio Gesell als »Urzins« bezeichneten Anteil, der auf dem »Jokervorteil« (Dieter Suhr) des Geldes beruht, das gegen alle anderen Waren und Dienstleistungen getauscht werden kann, ohne selbst wie diese einem Wertverlust zu unterliegen. Dieser »Urzins« muss dem Geldbesitzer gezahlt werden, damit er bereit ist, auf den Jokervorteil zu verzichten und sein überschüssiges Geld auszuleihen. John Maynard Keynes hat die Bedeutung der Liquiditätsvorliebe ebenfalls erkannt und passenderweise von einer »Liquiditätsprämie« gesprochen, die der Kreditnehmer an den Kreditgeber, also den Anleger, für die Aufgabe der Liquidität zu zahlen hat. Dies gilt im Übrigen auch für die Geldmarktzinsen.

An der Legitimität dieser Liquiditätsprämie, deren Bedeutung nicht unterschätzt werden darf, muss tatsächlich gezweifelt werden. Sie stellt nicht allein eine leistungslose Einnahme und daher missbräuchliche Verwendung des öffentlichen Gutes dar, sondern sie beeinträchtigt auch das Funktionieren unseres Geld- und damit auch des gesamten Wirtschaftssystems.

Dass Fricke allerdings der Freiwirtschaft die Argumentation unterstellt: »Zum anderen animiere die Verzinsung dazu, Geld zu horten, statt es auszugeben«, ist eine völlige Verdrehung – sind überhöhte Zinsen doch, wie oben beschrieben, das Zuckerbrot, mit dem das Geld aus den Horten herausgelockt wird. Unter »Horten« ist dabei heute nicht nur das Horten von Bargeld zu verstehen, sondern auch die Zunahme der Sichtguthaben. Da nicht mehr ausreichend Zuckerbrot geboten wird, ist in den vergangenen Jahren die Ausweitung liquider Geldhaltung zu beobachten gewesen, mit allen Schwierigkeiten, die dies für die Banken bedeutet.

Steile Zinsstruktur

Langfristige Anlagen stellen für die Banken eine viel besser kalkulierbare und daher risikofreiere Basis der Kreditvergabe dar, da ja auch die meisten Kredite eine lange Laufzeit haben. Da also gerade diese Anlagen benötigt werden, braucht es hierfür normalerweise Guthabenzinsen, die deutlich über den Haltekosten für Bargeld und Sichtguthaben liegen, damit die Anleger auch bereit sind, ih-



re Liquidität aufzugeben. Anders ausgedrückt: Die Zinsstruktur muss steil sein.

Positive Realzinsen führen jedoch zu leistungsloser Umverteilung und damit langfristig zu ökonomischen Instabilitäten. Daher streben wir an, dass die langfristigen Zinsen möglichst nahe Null bleiben. Ermöglicht wird dies durch die von Fricke erwähnte Gebühr auf Geld bzw. auf die Zahlungsmittel. Sie sorgt am kurzfristigen Ende (!) für eine Verteuerung der Geldhaltekosten und somit für die nötige Spreizung der Zinsstruktur. Die Grafik zeigt, wie durch diese Neuerung anders als momentan eine ausreichend steile Zinsstruktur gewährleistet werden kann. (Siehe Darstellung 1, linke Seite)

Geldvermögen sind das Problem

Wie problematisch das vor allem durch positive Guthabenzinsen bedingte Vermögens-

wachstum der vergangenen Jahrzehnte war, hat Helmut Creutz in einer seiner eindrücklichsten Grafiken zusammengefasst. (Siehe Darstellung 2, oben)

Er schreibt dazu: »Wie aus der Grafik hervorgeht, sind die Einlagen- und Kreditgeschäfte der Banken von 1950 bis Ende 2012, von rund 40 Prozent auf 258 Prozent des BIP angestiegen und damit rund 6,5 mal mehr als die Wirtschaftsleistung! Diese erheblichen Zunahmen sind das Ergebnis ständig steigender Ersparnisbildungen, die wiederum vor allem – und ständig zunehmend! – aus den laufenden Zinsgutschriften resultieren. – So ging die Bundesbank bereits im Oktober 1993 davon aus, dass diese zinsbedingte »Selbstalimentation der Geldvermögensbildung« bei etwa 80% der Neuersparnisbildungen gelegen hat!

Addiert man diese Zinszahlungen der Banken an die Sparer von 1968 bis Ende 2012 (frühere Werte liegen mir von der Bundesbank nicht vor!), dann kommt man in den 44 Jahren bis 2012 auf eine Gesamtsumme von 6.236 Milliarden Euro, ein Betrag, der fast mit den gesamten heutigen Bankeinlagen (6.856 Mrd) identisch ist!

Vor allem aber ist bei diesen Zinsströmen zu beachten, dass sich diese ständig wachsenden Zinseinnahmen (die nur in den letzten zehn Jahren auf Grund der Zinssenkungen deutlicher zurückfielen) ständig zunehmend bei einer Minderheit von 10% der Haushalte konzentrieren, während an den Zinszahlungen alle Haushalte mit derzeit etwa einem Drittel ihrer lfd. Ausgaben beteiligt sind! – Als Folge dieser zinsbedingten Einkommens-Umverteilungen ergibt sich für die Mehrheit aller Haushalte ein ständig zunehmender Verlust, mit entsprechenden sozialen Folgen!«

Wachstum durch Geldhaltegebühr?

Oft wird geglaubt, dass die freiwirtschaftliche Geldhaltegebühr erst recht zu Wachstum führt. Auch Fricke fragt: »Sind die Befunde und Schlüsse aus der Freigeldlehre nicht logisch schwerlich miteinander vereinbar? Einerseits soll der Negativzins dazu führen, dass gehortetes Geld ausgegeben wird, was wirtschaftlichem Wachstum und einer (grundsätzlich) erhöhten Beanspruchung von Ressourcen gleichkäme. Andererseits gilt genau dieses Wachstum als Übel, das (angeblich) durch den Zins erst verursacht wird.«

Unsere Reformen folgen der Logik, dass die vorhandene Geldmenge (entsprechende An-

neue Kredite bei den Verlierern nötig macht, sprich: Wachstum zwingend erfordert.

Fricke bezweifelt aber sogar, dass Zinsen überhaupt einen Wachstumszwang ausüben. Die *Wissenschaftliche Arbeitsgruppe Nachhaltiges Geld (WANG)* hat in ihrem Zwischenbericht »Wachstumszwänge in der Geldwirtschaft« vom Mai 2012 ihre Forschungsergebnisse folgendermaßen zusammengefasst: »Unter den betrachteten Bedingungen ergibt sich mittelfristig eine Dominanz der exponentiellen monetären Wachstumszwänge, deren Wachstumsgeschwindigkeit von der Höhe der marginalen Konsumneigung und der Liquiditätsverzichtsprämie beeinflusst wird.« »Durch ihren Nicht-Konsum löst die Gläubigerseite eine exponentielle Entwicklung der Schulden- und Vermögensbestände aus und initiiert somit einen monetären Wachstumszwang. Dabei hat es sich als qualitativ irrelevant herausgestellt, ob Einkommen in einer Spareinlage oder als Bar- bzw. Buchgeld in der Spekulationskasse gehalten werden. Jegliches Halten monetärer Vermögen führte im Modell zu einem Wachstumszwang.«

Quelle: http://geld-und-nachhaltigkeit.de/files/geld-und-nachhaltigkeit_de_wachstumszwange_in_der_geldwirtschaft_zu_sammenfassung.pdf

Reform der Boden- und Ressourcenordnung

Hätte Thomas Fricke sich intensiver mit den freiwirtschaftlichen Ideen beschäftigt, wäre ihm auch bekannt, dass wir nicht nur eine

Fricke fragt weiterhin: »Gehören nicht zu jedem Kredit zwei Seiten? Sprich: Wenn es keine Kreditnachfrage gibt, wofür es eine Menge wirtschaftlicher Gründe geben kann, werden auch keine Kredite vergeben. Und dann gibt es auch kein Wachstum. Und dann tendieren mangels Kreditnachfrage auch die Zinsen gegen Null, so wie dies nach dem Crash 2007/08 der Fall war. (...) Wenn es einen Zwang zum Wachsen der Wirtschaft gäbe: warum gibt es dann Phasen, in denen die Kreditvergabe zum Erliegen kommt?«

Ist es nicht einleuchtend, dass in zunehmend gesättigten Volkswirtschaften und bei fehlenden Wachstumsaussichten die Kreditnachfrage zurückgeht? Ob der Kreditbedarf zurückgeht, steht allerdings auf einem anderen Blatt. Die Banken haben ihre Kreditrichtlinien verschärft. Vielen, die Kreditbedarf hätten, geben die Banken kein Geld, da sie bereits überschuldet sind, Zins und Tilgung voraussichtlich nicht werden aufbringen können und Sicherheiten fehlen.

Mit Secular Stagnation umgehen

Der frühere US-Finanzminister Larry Summers hat in einer viel beachteten Rede den Finger auf den wunden Punkt gelegt. Er hat gesagt, dass wir uns nicht mehr auf weiteres Wachstum verlassen können, sondern Stagnation als »globales Problem der industrialisierten Welt« begreifen müssen. Selbst mithilfe der Spekulationsblasen der letzten Jahre konnten die (systemisch) benötigten Wachstumsraten nicht mehr erreicht werden. Er schlussfolgert daraus, dass wir Schritte unternehmen müssen, »deren Hauptziel es ist, dass es weniger Kreditgewährung, weniger Kreditaufnahmen und weniger Asset-Price-Inflation gibt als zuvor.« Dies würde unter anderem dadurch erreicht, dass die vorhandenen Zahlungsmittel mittels einer Gebühr stetig umlaufen und gerechter verteilt würden, statt wie bisher nur sich selbst alimentierende Vermögen aufzublähen.

Fricke gibt weiterhin zu bedenken: »Wenn ein Investor umgekehrt ein lukratives Projekt im Auge hat, dann ist das Ziel ja in der Regel inhärent, damit auch einen Gewinn zu erwirtschaften – unabhängig vom Zins. Zum einen gilt hier: Zunächst müssen die Kapitalkosten erwirtschaftet werden, bevor ein Gewinn erzielt werden kann. Zum anderen zählt, was die Mathematikerin Alwine Schreiber-Martens schreibt: »[Das] Zinsniveau ist das Mindestmaß der Renditeforderung jeder Geldanlage und sogar jeder unternehmerischen Tätigkeit. Denn in der Realwirtschaft wird letztlich jede Rendite erarbeitet. Daher hat eine sinkende Renditeerwartung Konsequenzen für das gesamte Arbeitsleben. Wenn die Dominanz der (Geld-)Rendite als Ziel unternehmerischer Tätigkeit nachlässt, gewinnen andere Ziele und andere Arbeitsinhalte an Bedeutung. Dies

»Wir haben mit den Folgen eines fehlerhaften Systems zu kämpfen, das über Jahrzehnte exponentielles Vermögenswachstum zugelassen hat und nun die unberechenbaren Massen anlagesuchenden Kapitals nicht mehr im Zaum halten kann.«

passungen bei der technischen Abwicklung des Zahlungsverkehrs vorausgesetzt) stetig umläuft, wenn sie nicht mehr kostenfrei zeitweilig aus dem Verkehr gezogen werden kann. Zwar könnte sich nach Einführung der Geldhaltegebühr zunächst ein höheres Wachstum einstellen, auf mittlere Sicht sorgen unsere Vorschläge jedoch für eine Verstärkung der Konjunktur, nicht für mehr Wachstum. – Während im alten System überhöhte Zinsen und Renditen eine Umverteilung bewirken, die einen Ausgleich durch

Geldreform anstreben, sondern parallel eine Reform der Boden- und Ressourcenordnung. Effektiver Ressourcenschutz ist nämlich vor allem eine Frage eines funktionierenden Systems lenkender Steuern und Abgaben. Der bisherige Widerstand gegen wirkungsvolle Ökosteuern ist hauptsächlich einem ungeordneten Geldsystem geschuldet, in dem die Mehrheit trotz des Wunsches nach einer intakten Umwelt weiteren finanziellen Belastungen ablehnend gegenübersteht.

stärkt insgesamt die Vielfalt unternehmerischen Handelns.«

(Quelle: <http://www.inwo.de/uploads/media/FAIRCONOMY/ausgaben/ausgabe-2014-1.pdf>)

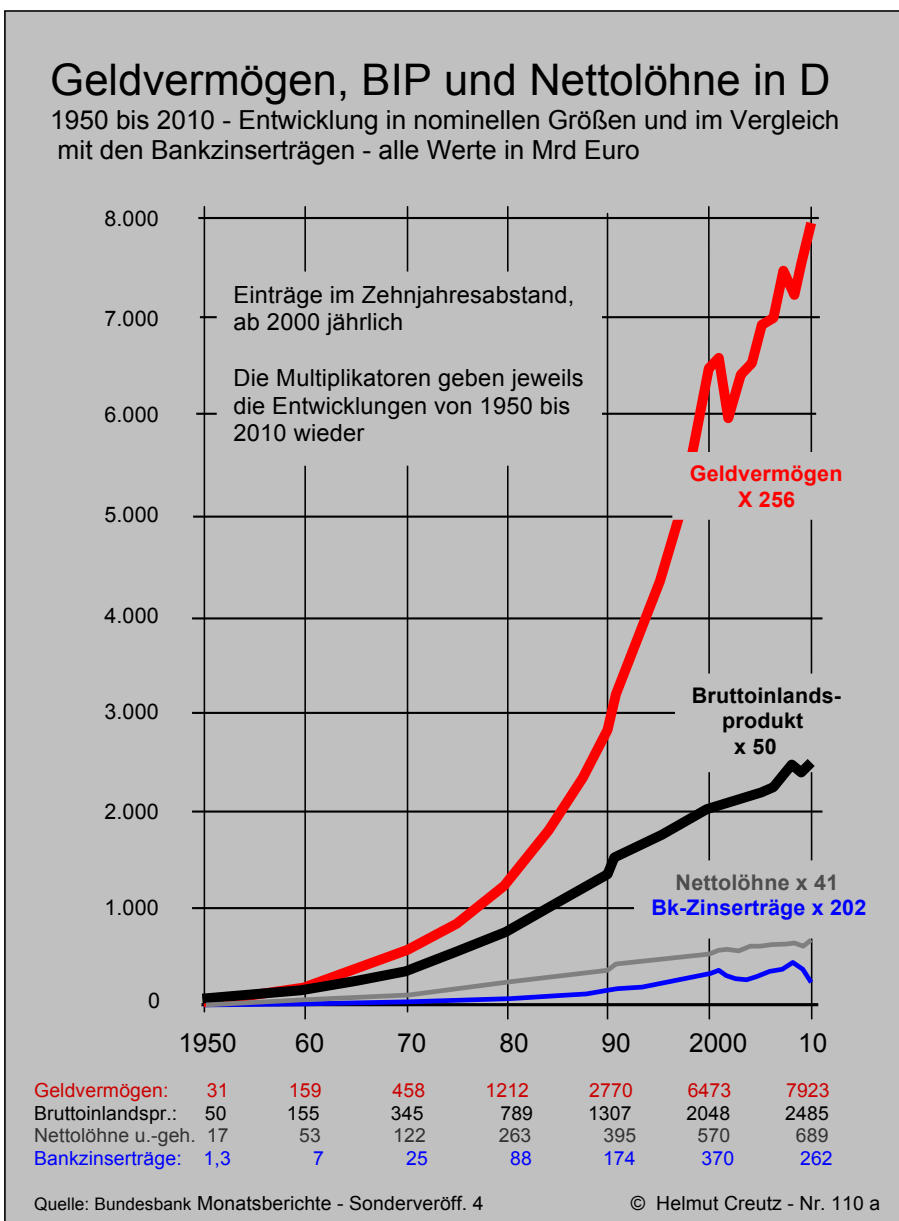
Freiwirtschaft schon eingeführt?!

Eine wichtige Frage, die Fricke stellt: »Werden Freigeld-Anhänger durch die aktuelle Krise nicht eher widerlegt als bestätigt?« Tatsächlich scheinen einige zu meinen, aktuell würden freiwirtschaftliche Vorschläge bereits realisiert und sich dabei gleichzeitig als falsch erweisen. So auch Fricke, wenn er schreibt: »Sind wir nicht schon sehr nahe an der Abschaffung des Zinses? Gelten Niedrig- und Nullzinsen nicht heute eher als (eine mögliche) Ursache für Liquiditätsschwemmen und Spekulation? Animieren niedrige Zinsen nicht zur Suche nach möglichst gewagten Anlageformen, statt zu realen Ausgaben?« – Doch was er hier beschreibt, sind die Folgen eines bewusst niedrig gehaltenen Leitzinses, den man derzeit braucht, um einen Zusammenbruch des fragmentierten Bankensystems und der Wirtschaft zu verhindern. Fricke beschreibt ja selbst an anderer Stelle das »stark deflationäre« (in Wahrheit jedoch nur unter einer stark ungleichen Verteilung der Geldmittel leidende) Umfeld nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise, dem mit der Liquiditätszufuhr durch die Notenbanken begegnet wurde und wird.

Dies sind die Folgen eines fehlerhaften Systems, das über Jahrzehnte exponentielles Vermögenswachstum zugelassen hat und nun die unberechenbaren Massen anlagensuchenden Kapitals, beschönigend »die Märkte« genannt, nicht mehr im Zaum halten kann.

Geldhaltegebühr ist bessere Finanztransaktionssteuer

Berechtigt ist daher Fricke Frage: »Was würde sich am Hang zu manisch-depressiven Schwankungen der Finanzmärkte ändern, wenn es einen Negativzins gäbe?« Dazu wurde weiter oben schon bemerkt, dass unser Vorschlag auf eine Verstetigung des Geldumschlages abzielt. Im Grunde kann man sagen, dass die Geldhaltegebühr ähnlich wie eine erweiterte Finanztransaktionssteuer wirken würde. Die Finanztransaktionssteuer soll der Spekulation entgegenwirken, indem beabsichtigte Arbitragegewinne bis zur Höhe der Steuer verunmöglicht werden. Das ist sehr sinnvoll. Die Steuer auf solche Spekulationsgewinne einzugrenzen, ist jedoch schwierig. Sie würde auch andere Geschäfte teurer machen. Insgesamt sinnvoller wäre es unserer Meinung nach daher, nicht die einzelnen Geschäfte zu besteuern, sondern die Spekulationskassenhaltung an sich. Spekulanten, die in großen Mengen liquides Geld für sich verfügbar halten, um auf die nächste Gewinnmitnahme zu warten, und dadurch



das öffentliche Gut Geld für eigene Zwecke missbrauchen, wären nämlich die Verlierer bei der Geldhaltegebühr.

Somit setzt unser Vorschlag unter anderem genau da an, wo Fricke ein Manko der von ihm ebenfalls besprochenen Vollgeld-Idee ausmacht: »Was hilft die schönste Geldmengenkontrolle, wenn die Geldnachfrage in der modernen Finanzwelt einfach sehr instabil ist? Dahinter steckt, dass es angesichts hoch entwickelter Finanzinstrumente und sekundenschnell realisierbarer Käufe und Verkäufe an den Geld- und Finanzmärkten heutzutage stets auch kurzfristig motivierte Anlage-Verschiebungen geben kann.« Die Verstetigung des Geldumschlages durch die Gebühr und begleitende Anpassungen im Zahlungsverkehr sind eine entscheidende Voraussetzung dafür, die Geldmenge und die Stabilität der Währung in den Griff zu bekommen, die mit den problematischen weltweiten Vermö-

gensverschiebungen völlig aus dem Ruder gelaufen ist.

Wie diese Reform sich für die einfachen Bürger auswirken würde, zeigt anschaulich das Wörgl-Experiment. Sinnvolle Arbeit würde wieder finanzierbar und würde vor allem auch gerechter bezahlt werden, statt immer mehr nur für den Kapaldiens abgeleistet zu werden. (Siehe Darstellung 3, oben)

Damit würde endlich die Entwicklung der letzten Jahrzehnte umgekehrt, nach der die Kapitaleinkünfte die Nettolöhne längst übersteigen und sich die arbeitende Bevölkerung nur noch einen geringen Teil des von ihr erarbeiteten Bruttoinlandsprodukts überhaupt noch selber leisten kann.

Fricke Kurzstudie findet sich hier: http://www.sven-giegold.de/wp-content/uploads/2014/05/Fricke_2014_Hochzeit-f%C3%BCr-Geldverbesserer.pdf

Führt EZB Negativzinsen ein?

Die EZB greift in ihrem Kampf gegen die Disinflation im Euro-Raum nach immer außergewöhnlicheren Mitteln. Negative Einlagenzinsen wären als Beginn eines Paradigmenwechsels zu begrüßen.

Wenn Notenbanker relevante Entscheidungen treffen, hat dies meist massive und oft unkalkulierbare Auswirkungen auf die Weltfinanzmärkte. Es ist daher verständlich, dass EZB-Volkswirt Peter Praet den Plan, Einlagen bei der Notenbank durch eine Gebühr unattraktiver werden zu lassen, eher beiläufig präsentierte. Dabei wäre die Umsetzung ein nahezu revolutionärer Akt. Eine Gebühr für das Zurückhalten von Liquidität käme einem Paradigmenwechsel gleich, der das Ende des Kapitalismus in seiner heutigen Form einläuten würde.

Das Medienecho auf diese bahnbrechende Ankündigung ist dagegen nur verhalten. So schreibt die *Zeit*: »Angesichts der niedrigen Inflationsraten in Europa denkt die Europäische Zentralbank (EZB) über immer radikalere Mittel der Geldpolitik nach. Nach Aussagen ihres Chefvolkswirts Peter Praet müssen die Banken wohl bald Strafgebühren bezahlen, wenn sie ihr Geld bei der Notenbank deponieren wollen.« Der Spiegel nennt es »eine Art Aufbewahrungsgebühr«, die der »EZB-

Rat beschließen will«. Bei der Lektüre der Berichterstattung spürt man förmlich die Unsicherheit der Autoren. Was hier angekündigt wird, kommt in ihrem Weltbild bisher nicht vor. Während ihres Studiums war ein anhaltendes Zinsniveau um null noch kein Thema und Kosten auf das Zurückhalten von Liquidität waren völlig undenkbar.

Umdenken erforderlich

Der angekündigte Paradigmenwechsel erfordert von den Beteiligten ein radikales Umdenken, was noch nicht immer gelingt. Wenn das Parken von Guthaben zusätzliche Kosten verursacht, kann man diese vermeiden, wenn man das Geld einem anderen überlässt. Die »Aufbewahrungsgebühr« würde demnach das Kreditangebot vergrößern und die Kosten bzw. den Ertrag für Kredite, den Zins, weiter drücken.

Die Effekte des geplanten Einlagenzins sind jedoch umstritten, zumal über seine Höhe bisher nur gemutmaßt wird. Die Autoren der *Zeit* gehen mit ihrer Fragestellung von einem gegenteiligen Effekt aus: »Befürchtungen, die Banken könnten die Strafgebühren an ihre Kunden weitergeben und damit Kredite verteuern, teilte Praet nicht. »Bei den Größenordnungen, über die wir reden, erwarte ich nicht, dass es dazu kommt«, sagte er.«

Die genannte »Befürchtung« einer Kostenweitergabe weist jedoch in Richtung der eigentlichen Chance dieses Vorschlags. Die Hortung großer Geldsummen ist nicht nur auf den Konten bei der Zentralbank problematisch, wo es um Zentralbankgeld geht, das nur die Banken brauchen. Hortung ist ebenso auf den Girokonten der Geschäftsbanken ein Problem, wo seit Jahren vermehrt liquide Zahlungsmittel des Publikums liegen. Die zunehmende Neigung zur Liquidität bei den Endkunden macht den Geschäftsbanken das Kreditgeschäft schwer kalkulierbar, riskant und teuer. Mit einer »Aufbewahrungsgebühr« auf diese Sichtguthabenbestände bei den Geschäftsbanken – anstelle einer Kreditverteuerung – käme man dem Ansinnen der EZB, »die stockende Kreditvergabe der Banken anzukurbeln« näher. Das würde das Ende der Kreditklemme bedeuten und das Bankengeschäft entscheidend sicherer machen. Natürlich

Unterstützen Sie

den aktuellen Aufruf der INWO zur wissenschaftlichen Untersuchung von Geldhaltegebühren: »Stabile Währung Dank Durchhaltekosten«

<http://www.inwo.de/ziele/stabile-waehrung-dank-durchhaltekosten/>

lich muss dann auch eine Gebühr auf Bargeld, mit dem gerade in Deutschland immer noch die meisten Geschäfte abgewickelt werden, realisiert werden.

Entlastung der Gesellschaft

Diese Einsicht verlangt von den Protagonisten den entscheidenden Paradigmenwechsel: Aufbewahrungsgebühren beim Zurückhalten von Geld, statt der gewohnten Belohnung für die Enthaltung durch hohe Zinsen. Damit wären entscheidende Vorteile verbunden. Niedrigere Zinslasten bedeuten eine Entlastung für die Gesellschaft und eine Verringerung leistungsloser Einkommen.

Die von den Autoren unterstellte und von Peter Praet eingeräumte Sorge um die Einkünfte der Sparer ist unberechtigt. Die *Zeit*: »Praet räumte ein, dass die niedrigen Zinsen eine Belastung für die Sparer seien, sie seien aber gleichwohl nötig. Er habe Verständnis für die Nöte der Sparer, man müsse die Krise jetzt überwinden – davon würden auch die Sparer profitieren, weil die Zinsen in Zukunft wieder steigen würden.« Sparer kommen nicht durch niedrige Sparzinsen in Nöte, sondern durch Inflation. Im Bereich der Bestandsgüter, wie z.B. bei Land und Wohnimmobilien, ist eine solche schädliche Inflation aufgrund der lockeren Geldpolitik der Notenbanken längst im Gange.

Wir sollten endlich begreifen: Es gibt kein Recht auf leistungslose Einkommen durch Zinsen. Denn diese müssen von den übrigen Bürgern aufgebracht und erarbeitet werden. Die Staaten und ihre Notenbanken sollten jedoch in der Lage sein, die Enteignung der Sparer durch die Inflationierung der Währung zu verhindern. Die Aufbewahrungsgebühr ist, wenn sie richtig angewendet wird, eine sinnvolle und notwendige Maßnahme und ein wichtiges Instrument für eine moderne Notenbank.

Klaus Willemssen

Verwendete Quellen:
<http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-05/ezb-geldpolitik-deflation-zinsen>
Der SPIEGEL, 21/2014, S.70



Peter Praet beim EZB-Forum in Sintra, wo in schwierigen Zeiten kreative Ideen und Impulse für die Geldpolitik gesucht wurden.

Negative Zinsen – ein heilsames Gift?

Wer sich über die Funktionen und Funktionsweisen verschiedener Zinsen und die Idee ihrer Absenkung in den negativen Bereich informieren möchte, für den bietet das Seminar für freiheitliche Ordnung in Bad Boll vom 19. – 20. Juli 2014 genau die richtige Tagung an.



In vergangenen Zeiten war allein ein positiver Zins denkbar, aber häufig auch ein Stein des Anstoßes:

- Die meisten Religionen standen ihm kritisch gegenüber, ohne so recht mit ihm fertig zu werden (siehe mittelalterliches Zinsverbot).
- Die Sozialisten sahen in ihm die Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital, ebenfalls ohne praktikable Mittel zu seiner Überwindung.

Negative Zinsen sind ein Novum in der Realität der Wirtschaft und auch in der Volkswirtschaftslehre. Die heutige Diskussion über sie hat einerseits populäre Gründe und andererseits einen mehr die Fachwelt beschäftigenden Ausgangspunkt:

- Viele Anleger fühlen sich durch die in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich und deutlich gesunkenen Zinsen benachteiligt. Kapital steht immer reichlicher zur Verfügung. Wenn die Inflationsrate höher ist als der Zinssatz, wird eine real negative Verzinsung der Ersparnis beklagt.
- Zugleich wird in der Wissenschaft und in Notenbankkreisen bei Leitzinsen von nahe Null ein Ende des zinspolitischen Handlungsspielraums der Geldpolitik befürchtet. Diesen Spielraum hofft man zu erweitern, indem man die Leitzinsen durch Inflation in den Bereich negativer Realzinsen drückt. Inflationsraten halten die Notenbanken schon lange für erforderlich, um einen ausreichend großen Sicherheitsabstand von der Deflation halten zu kön-

nen. Nun gibt es für die Bemessung der richtigen Höhe der Inflationsrate einen zusätzlichen Gesichtspunkt.

Die neueren Entwicklungen werfen brisante Fragen auf: Stehen wir vor einer bisher kaum bemerkten wirtschaftlichen Zeitenwende? Geht der Kapitalismus – auch ohne Revolution – seinem Ende entgegen? Wird das Ziel der Zinskritik der Religionen – auch ohne Zinsverbot – erreicht? Was sind die gesellschaftlichen, was die politischen Auswirkungen? Welche Vorteile, welche Gefahren sind mit diesen Entwicklungen verbunden? Und was sind die Konsequenzen für den Einzelnen?

Das Programm

Samstag, den 19. Juli 2014

- 09.30 Öffnung des Tagungsbüros
- 10.00 Begrüßung, Einführung in das Tagungsthema
- 10.15 Aspekte des Zinses:
 - Knappheitspreis für Geld- und Sachkapital
 - Nominal- und Realzins
 - Preis für die Aufgabe von Liquidität
 - Einkommen ohne Arbeit als Treibsatz der Vermögensunterschiede
- Timm Cebulla, Meersburg
- 11.00 Kaffeepause
- 11.30 Anzeichen einer zinspolitischen Zeitenwende:
 - Das Sinken der langfristigen Realzinsen
 - Die weltweite Absenkung der Leitzinsen
 - Die Diskussion über negative Leitzinsen
- Eckhard Behrens, Heidelberg
- 12.30 Mittagspause
- 14.30 Kaffee und Gespräch im Saal
- 15.00 Fristentransformation, Zinsstruktur und Konjunktur
- Ferdinand Wenzlaff, Uni Lüneburg
- 16.15 Kaffeepause
- 16.45 Wie bestimmen die Notenbanken die Höhe der Leitzinsen? – Eine kritische Betrachtung der Taylor-Regel
- Prof. Dr. Thomas Huth, Uni Lüneburg
- 18.00 Abendpause
- 20.00 Sicherheitsabstand von der Absturzkante zur Deflation
 - durch dosierte Inflation mit Spielraum für negative Realzinsen
 - durch alterndes Geld mit Spielraum für negative Nominalzinsen
- Fritz Andres, Kirn

Sonntag, den 20. Juli 2014

- 09.00 Tauschmärkte – Vermögensmärkte: Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Zusammenhänge
- Prof. Dr. Thomas Huth, Uni Lüneburg
- 10.00 Pause
- 10:15 Ausblicke auf ein zinsbefreites Wirtschaften
- David Fiedler, Nürnberg
- 11.00 Zusammenfassendes Rundgespräch
- 12.00 Tagungsende

Anmeldung

Anmeldungen richten Sie bitte an das Seminar für freiheitliche Ordnung
Badstr. 35, 73087 Bad Boll
Tel. 07164/35 73, Fax: 07164/70 34
E-Mail: sffo@gmx.net, Internet: www.sffo.de
Ein Beitrag zu den Kosten wird erbeten (Richtsatz EUR 25,-).
Übernachtungswünsche bitte selbst anmelden bei den umliegenden Hotels oder bei Bad Boll Info, Am Kurpark, 73087 Bad Boll, Tel. 07164/147800, Fax: 902309, E-Mail: info@verkehrsamtbad-boll.de.
Hier werden auch preiswerte Privatquartiere vermittelt. Auch eine kostenlose Übernachtung im Veranstaltungssaal ist begrenzt möglich (vorherige Absprache sowie Isomatte und Schlafsack erforderlich).

Anreise

Mit dem Pkw: Autobahn A8/Stuttgart-München bis Abfahrt Aichelberg, von dort ca. 4 km Richtung Göppingen bis Abzweigung Bad Boll/Gammelshausen und auf dieser Straße (= Badstraße) ca. 900m bis zum Haus (Badstr./Ecke Mörikestraße).
Mit der Bahn: stündlich von Stuttgart und Ulm bis Göppingen, ab dort (Bahnhof) Omnibusverbindung nach Boll bis Haltestelle Eichhalde direkt am Haus. Zug- und Busfahrplan werden Ihnen auf Anforderung gerne zugeschickt.

INWO-Mitgliederversammlung 2014

Die diesjährige Mitgliederversammlung der INWO fand am 5. April an altbekannter Stelle, in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte in Wuppertal, statt. Mark Brill wurde zum Versammlungsleiter gewählt und führte souverän durch die Tagesordnungspunkte. In ihrem Bericht erläuterten die Vorstände Erich Lange und Vlado Plaga die Ereignisse und Aktivitäten des vergangenen Jahres. Die hierbei verwendete Power-Point-Präsentation, der Kassenbericht sowie das MV-Protokoll stehen im internen Bereich der INWO-Homepage zur Verfügung: <http://www.inwo.de/intern/>

Vorstandsbericht

Die Perspektiventagung am 15. und 16. März 2013 in Essen, gemeinsam mit einigen Kooperationspartnern veranstaltet, war wohl unser größter Erfolg im letzten Jahr. Einige Vorträge der Tagung sind im Internet zu finden unter:

<http://www.youtube.com/FAIRCONOMY>

Neben der Teilnahme an der Blockupy-Demo in Frankfurt im Juni 2013 war ein weiteres Highlight die Präsenz auf dem 34. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Hamburg vom 2.-4. Mai 2013. Auffällig viele junge Menschen und auch mehr Frauen zeigten sich am INWO-Stand interessiert an unseren Themen. Gleich drei neue Mitglieder wurden direkt vor Ort aufgenommen.

Insgesamt konnte unsere Mitgliederzahl 2013 jedoch nicht gesteigert werden. Im Gegenteil kam es durch das periodische »Aufräumen« der Mitgliederverwaltung sowie durch Kündigungen aufgrund persönlicher und finanzieller Situationen oder durch Todesfälle zu einem leichten Mitgliederrückgang. Der Stand am 31.12.2013 lag bei 838 Mitgliedern. Neue Mitglieder sind wünschenswert, auch um die finanzielle Basis des Vereins zu stärken, damit die Öffentlichkeitsarbeit und Betreuung (potentieller) Mitglieder professioneller angegangen werden können. Leider lag im letzten Jahr der Aufgabenbereich »Interne Koordination« (und somit auch die Betreuung der Regionalgruppen) nach dem Rücktritt von Frank Rösner brach. Der dritte Vorstandsposten bleibt auch nach der MV vakant. Interessenten können sich mit Vlado Plaga und Erich Lange in Verbindung setzen: vorstand@INWO.de

Vom INWO-Versand wurden im Berichtszeitraum 93 Infopakete versendet, sowie 367 Nachfassbriefe über die Letzerei. Unter den Bestellungen war auch »Mama Moneta oder die Frauenfolge« von Wera Wendnagel, das die INWO neu aufgelegt hatte. Das Buch unserer Ehrenvorsitzenden wird zu 9,80 Euro im Shop angeboten: www.INWO.de/shop

Fließendes Geld 2.0

Der Kassenbericht zeigte, dass die INWO ausreichend Rücklagen hat und eine »Schwarze Null« schreibt. Dennoch besteht weiterhin Handlungsbedarf, die Einnahmen zu erhöhen, um mehr (Finanz-) Kraft in die Geld- und Bodenreform investieren zu können. Spendenwillige können gern mit dem Vorstand Kontakt aufnehmen: vorstand@INWO.de oder Tel. 0231 44995855 (Vlado Plaga).

Die Mitgliederversammlung sprach sich dafür aus, die Großveranstaltung »Fließendes Geld 2.0« in Leipzig im April 2015 auch finanziell zu unterstützen. Auf Einladung des Vorstands präsentierte Steffen Henke den Stand der Planung. Die erste Veranstaltung am 9. Juni 2012 in der Arena Leipzig war mit über 1.500 Teilnehmern die vermutlich größte freiwirtschaftliche Veranstaltung nach dem zweiten Weltkrieg. Mit »Fließendes Geld 2.0« soll an diesen Erfolg angeknüpft werden. Als neuer Veranstaltungsort ist das Globana Trade Center in Leipzig/Schkeuditz geplant.

Postwachstumsökonomie

Nach einem leckeren Abendessen trafen wir uns erneut im wunderschönen Vortragssaal der Tagungsstätte. INWO-Mitglied Fried Malig hielt einen interessanten Vortrag zur Verbindung von Postwachstumsökonomie (bekannt vor allem durch Prof. Niko Paech) und Geldreform. In der anschließenden Diskussion mit dem Umweltwissenschaftler vom »Netzwerk Wachstumswende« ging es unter anderem um die Frage, welche Priorität einer Geld- und Bodenreform bei dem Streben nach einer Postwachstumsökonomie zukommen sollte. Ist sie nur ein weiteres Mosaiksteinchen oder aber entscheidende Voraussetzung? Wir danken Fried Malig für den spannenden Abend!

Die Silvio-Gesell-Tagungsstätte



Bühne frei in Wuppertal!

Die Silvio-Gesell-Tagungsstätte, am Rande von Wuppertal am Nevigeser Asbruch gelegen, ist ein besonderer Ort.

Die bewegte und bewegende Geschichte des Geländes, das seit den 1920er Jahren als Treffpunkt freiwirtschaftlich orientierter Menschen dient, ist inzwischen im Internet eindrucksvoll dokumentiert: <http://wflb.de/die-geschichte/>



Nun soll die alte Freilichtbühne wieder mit Leben erfüllt werden. Wie vor mehr als 80 Jahren wird hier wieder gearbeitet. Die Sitzränge werden mit Natursteinen aus einem nahe gelegenen Steinbruch geformt. Zur Finanzierung dieses Vorhabens werden noch Steinpaten gesucht.

<http://wflb.de/steinpatenschaft/>



DEUTSCHLAND



Wir erklären die
veränderte Zinsstruktur.

Eine bessere Welt ist möglich!

Das dazu auch fließendes Geld gehört ist selbstverständlich. Deshalb haben es sich fünf aktive Menschen der Stuttgarter Regionalgruppe nicht nehmen lassen und erneut einen INWO-Infostand organisiert, diesmal am 10. Mai 2014 bei »Stuttgart Open Fair« unter dem eingangs genannten Motto auf dem Stuttgarter Schlossplatz.

Hier haben wir neben der o/ZB, der GLS-Bank und weiteren Organisationen für den friedlichen Wandel geworben. Äußerst erfolgreich, wie wir meinen, denn das Interesse am Fehler in unserem Geldsystem war sehr groß und wir konnten viele interessante Gespräche

führen. Der Tag hat wieder viel Spaß gemacht und ich bin mir sicher, auch in anderen Teilen Deutschlands warten die Menschen auf Aufklärung.

Machen Sie als INWO-Mitglied doch auch einfach mal aktiv mit und haben Sie das gute Gefühl, den Wandel mitzugestalten. Ich freue mich darauf!

Jochen von der Regionalgruppe Stuttgart

Tag der Arbeit

Prominenter Besuch hatte sich bei der Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes am 1. Mai in Melsungen angesagt. Der hessische SPD-Fraktions- und Landesvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel war als Hauptredner zu Gast. Ganz wichtig sei ihm »die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen«. »Das Land muss sich seiner sozialen Verantwortung bewusst sein«, so Schäfer-Gümbel. »Um das zu gewährleisten, müssen wir schon früh anfangen, unsere Bürger zu unterstützen und mit ihnen in Diskussion treten.«

Das nahm Peter Lange von der FAIRCONOMY in Nordhessen (FIN) und aktives INWO-Mitglied zum Anlass, ihm Informationsmaterial zu überreichen, damit er seine propagierten Ziele auch erreichen kann.



Peter Lange
mit Thorsten
Schäfer-Gümbel

Auch eine Journalistin der örtlichen Presse nahm Notiz von der INWO und erkundigte sich, was denn die INWO ist und was sie macht. Das geniale Kreislaufmodell von Helmut Creutz fand wie immer reges Interesse. Und das Informationsmaterial davor wurde wie von Geisterhand immer weniger.

So zeigte sich auch diesmal wieder: Der 1. Mai ist ein guter Anlass, Menschen zu erreichen und die INWO nach außen sichtbar zu machen.

Erich Lange

Werden Sie aktiv!

Planen Sie Aktionen?

Nehmen Sie Kontakt mit dem INWO-Regionalbüro West auf:

E-Mail: vlado.plaga@INWO.de oder
Tel.: 0231 44995855 (montags und mittwochs)

Material gibt es beim INWO-Versand:
versand@INWO.de oder
Tel.: 06623 919601.
Wir würden uns freuen,
von Ihnen zu hören!

INWO steckt an!

Unterstützen Sie unsere Arbeit. Werden Sie INWO-Mitglied!

Einen Antrag finden Sie auf S. 22. Jedes Neumitglied erhält eine dekorative blau-gelbe INWO-Anstecknadel geschenkt.



Heft zum bedingungslosen Grundeinkommen

Manche Fragen zum bedingungslosen Grundeinkommen sind rasch beantwortet. Doch um die Skepsis gegenüber einer derart absurd erscheinenden Idee dauerhaft zu durchbrechen, braucht es mehr. Ausführliche Antworten, vertiefte Auseinandersetzung mit der Materie und verständlich aufgearbeitete Informationen. Genau das soll ein 80-seitiges Heft bieten, das im Sommer erscheinen soll.

Demnächst wird ein Crowdfunding-Projekt dazu laufen. Inzwischen ist eine 4-seitige Vorschau fertig gestellt, die auch online als PDF zugänglich ist:

<http://mutzurtransformation.com/>



INWO-GV 2014

Die 24. Generalversammlung fand am 12. April 2014 im Unternehmen Mitte in Basel statt. Es nahmen 20 Mitglieder und 2 Besucher teil. Zudem hatten sich 26 weitere Mitglieder offiziell abgemeldet.

Dieses Jahr wurden die musikalischen Zwischenklänge von Dr. Walter Thöni (www.wton.ch) gespielt. Er begrüßte uns mit Alphorn, entlockte seiner Geige und einer »TrichterGeige« wunderbare Töne. Wir erfuhren, dass der konventionelle Geigenbogen höchstens 2 Saiten der Geige bespielen kann obwohl die Geige 4 Saiten hat. Wir kamen in den musikalischen Genuss seines biegbaren Bogens mit der Bemerkung: »Auch der Geigenbogen wird krumm, wenn er's allen Recht machen soll.«

Die Mithilfe bei der Durchführung der Vollgeld-Initiative durch die INWO Schweiz wurde von allen positiv angenommen. Ebenso wird weiterhin das Geschehen der Initiative Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) verfolgt und unterstützt.

Eine Unterschriftensammlung in Basel unter dem Namen »Neue Bodeninitiative«, welche im Unternehmen Mitte aufliegt, ist ganz im Sinne der INWO Schweiz. Wir überlegen, diese als Vorbild zu nehmen und die Umsetzung solcher Initiativen auch in anderen Kantonen zu unterstützen.

Die aktuellen Vorstandsmitglieder und das Co-Präsidium wurden mit grossem Applaus und Dank für weitere zwei Jahre gewählt, mit

der Option nach einem Jahr auszutreten. Nach wie vor sucht der Vorstand, welcher seit 2009 in dieser Zusammensetzung wirkt, Nachfolger. Neue Menschen und neue Projekte sind sehr willkommen.

Nach der offiziellen GV wurden wir von Daniel Häni, BGE-Initiant und Leiter des Unternehmens Mitte, in den Tresorraum geführt. Dort lagern 8 Millionen 5-erli, welche am 4. Oktober 2013 auf dem Bundesplatz in Bern lagen, aus Anlass der Übergabe von 126'000 beglaubigten Unterschriften für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Der Anblick dieser Masse und die »goldene« Ausstrahlung fesselte und freute uns alle. In der anschliessenden Diskussion erzählte Daniel Häni, »wie weiter« mit dem BGE. Bis Oktober 2014 berät sich der Bundesrat zu diesem Thema und wird voraussichtlich eine Ablehnung vorschlagen. Danach geht die Idee in den Stände- und Nationalrat. Das BGE hat keine Lobbyisten in Bern.

Daniel Häni findet, dass diese Initiative und deren Umsetzung ganz viel mit jedem von uns persönlich zu tun hat. Wie denken wir und was meinen wir, wie die Anderen denken sollten? Warum haben wir Angst, dass sich bei Einführung des BGE massenweise »Ausländer« in die Schweiz drängen, um ein BGE zu erhalten? Es wäre doch auch schön, zu sehen, wie ganz viele Menschen sich am BGE erfreuen können. Warum meinen wir, dass die Menschen nur noch auf der »faulen Haut« liegen und die Jugendlichen keine Ausbildungen machen würden? Ein BGE würde ein noch gar nicht vorstellbares neues Menschenbild fördern. Anne-Sibylle äussert den Vorschlag, dass das BGE schrittweise für 55-Jährige eingeführt werden könnte.



»Der grösste Raubzug der Geschichte«

Am Freitagabend, den 23. Mai, fanden sich rund 20 Personen zum Vortrag von Matthias Weik und Marc Friedrich in Baden ein. Eingeladen hatte Thomas Brändle und in Baden waren unsere Gastgeber Elisabeth Seiler und Bert de Raeymaeker vom C4T. Einmal mehr zeigte es sich, dass es uns allen anscheinend zu gut geht und von einer Geldkrise kaum jemand etwas wissen möchte ...

Doch auch Matthias Weik und Marc Friedrich, die Autoren des Spiegel-Bestsellers »Der größte Raubzug der Geschichte«, waren einmal Turbo-Kapitalisten: »Es war toll, u.a. während des Studiums durch ein paar »Klicke« im Internet sich ein Vermögen anzuhäufen ... Warum sich ins Studium einlesen, wenn es einfacher geht?...« – bis 2001 das abrupte Ende folgte. Marc Friedrich erlebte am eigenen Leib in Argentinien, wie das Geld von einem Tag auf den anderen nichts mehr wert war. Das grosse Nachdenken begann und brachte ihn auf die Bahn des »Turbo-Kritikers«. Zusammen mit Matthias Weik schrieb er ein Buch mit vielen Hintergrundinformationen zum Geld- und Wirtschaftssystem. Inzwischen ist bereits ein zweites erschienen: »Der Crash ist die Lösung«.

Das Vorwort zu »Der grösste Raubzug« wurde von Prof. Dr. Harald Lesch vom Institute for Astronomy and Astrophysics an der Uni München zur Verfügung gestellt, ein Kommentar aus der ZDF-Sendung »abenteuer forschung« vom 13.10.2010:

»Warum werden viele Verbrechen begangen? Antwort: wegen Geld. Manches Verbrechen wird begangen, damit der Täter das Geld bekommt, das die Person besass, die umgebracht worden ist. Aber man könnte auch leichter an Geld kommen. Man muss niemanden dafür umbringen. Man könnte an Geld kommen, indem man ganz andere Verbrechen begeht. Unter uns gesagt, ich halte grosse Teile der internationalen Finanzwelt für verbrecherisch. Was da passiert, halte ich für ein Verbrechen. Das ist nicht nur ein Verstoss gegen die guten Sitten, sondern es ist ein Verstoss gegen alles, was uns zumindest in diesem Teil der Welt hoch und heilig ist. Dass einige wenige sich auf Kosten der Allgemeinheit bereichern, und zwar so sehr bereichern, dass sie gar nicht mehr wissen, wohin mit dem ganzen Geld, das halte ich für ein Kapitalverbrechen. Sie können gerne einmal »nachgooglen«, was Kapitalverbrechen im Deutschen so alles bedeutet. In diesem Fall ist es wirklich ein Verbrechen mit Kapital und für Kapital und wegen Kapital. Das halte ich nach Augenschein für mich für das perfekte Verbrechen. Was da in den letzten Jahrzehnten passiert ist, das ist Perfektion, und zwar in Reinkultur. Strukturen, die sich aufgebaut haben und nichts anderes machen, als nur Geld zu vermehren, und dieses Geld sucht sich dann wieder Anlagen, um sich weiter zu vermehren. Inzwischen werden Billionen in einem virtuellen Markt gehandelt, den keiner mehr beherrscht. Da handeln Computer mit Computern, da wird Geld aus dem Nichts heraus erzeugt, obwohl man immer weiss, von nichts kommt nichts – also ganz so kann das nicht funktionieren. Das ist möglicherweise die Realisierung des perfekten Verbrechens.«

Matthias Weik und Marc Friedrich zeigten an diesem Abend anhand von verschiedenen Folien auf, wie es in den EU-Ländern mit den Schuldenbergen aussieht, wie die Jugendarbeitslosigkeit steigt und steigt, und wie man sich heute auf Kosten der Zukunft bereichert.

Deutschland hat mit 7,5 Millionen Menschen die grösste Anzahl Personen, welche zum Niedriglohn arbeiten. In den südlichen Euroländern mit 40 Prozent und mehr arbeitslosen Jugendlichen funktionieren zum Glück oft noch die starken Familienbande. Die Familien un-

Die Autoren Weik und Friedrich erreichten mit ihrem Erstlingswerk Platz 3 der Spiegel-Jahres-Paperback-Bestsellerliste 2013.



terstützen sich. Doch viele junge Menschen sehen sich auch gezwungen, auszuwandern und anderswo ein (besseres) Einkommen zu suchen. Neben den Niedriglöhnen geht auch dadurch die Altersvorsorge verloren.

Es scheint, als ob der Euro ein gescheitertes Experiment sei. Auch die Schweiz kann grosse Probleme bekommen, sollte der Euro tatsächlich zusammenbrechen, denn die Nationalbank hat einige hunderttausend Euro zum Ausgleich der Währung gekauft. Die Schulden, welche die einzelnen Länder haben, werden nicht vom Staat beglichen, die Lasten zu tragen haben die Bürgerinnen und Bürger.

Ein Teilnehmer des Abends möchte nach all der »Schwarzmalerei« von Matthias Weik und Marc Friedrich Lösungen hören. Die Referenten weisen darauf hin, dass sie lediglich die Probleme aufzeigen und die Menschen informieren möchten. Auch sie haben nicht DIE Lösung. Ideen, die aufkommen: Dass man den Banken das Geld entzieht – keine Sparguthaben, keine Schulden. Oder dass man sein Geld in Bodenschätze o.ä. investiert. Doch bei alledem darf das Miteinander nicht vergessen werden. Es ist wichtig, sich und seinen Mitmenschen und der Natur mehr Achtung zu schenken.

Die INWO Schweiz ist seit vielen Jahren engagiert, die Finanzprobleme aufzuzeigen und die Menschen aufmerksamer zu machen. Durch die Gründung des Vereins MoMo wird im Juni 2014 die Vollgeld-Initiative lanciert und wir fordern alle auf, Unterschriften dafür zu sammeln. So wie das Bedingungslose Grundeinkommen bereits beim Bund angekommen ist, wird auch die Vollgeld-Initiative ein kleines Puzzleteil im grossen Ganzen sein. Und je mehr Puzzleteile schlussendlich zueinander passen, umso harmonischer das Bild.

Informieren wir uns weiterhin auf verschiedenen Ebenen! Geben wir nicht auf und bleiben am Ball! Viele kleine achtsame Schritte führen uns weiter. Es gibt nicht DIE Lösung. Ein herzliches Dankeschön an Matthias Weik und Marc Friedrich für den interessanten Vortrag und die Bücher, welche ich gerne als »Lesefutter« weiterempfehle.

Monica Gassner-Rusconi

Unterschriftensammlung zur Schweizer Vollgeld-Initiative gestartet

Gegen Finanz- und Spekulationsblasen: Die Volksinitiative »Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank« (Vollgeld-Initiative) wurde am Dienstag, den 3. Juni in Bern offiziell gestartet. Sie will das Geldsystem wieder in den Dienst der Realwirtschaft und der Gesellschaft stellen.

Die Bundesverfassung hat im Jahre 1891 dem Bund das alleinige Recht übertragen, Münzen in Umlauf zu bringen und Banknoten als gesetzliches Zahlungsmittel (Vollgeld) herzustellen. Jedoch wurde dieses Vorrecht der Geldherstellung von der technischen Entwicklung im Zahlungsverkehr ausser Kraft gesetzt. Heute sind nur 10 Prozent der kaufkräftigen Geldmenge Münzen und Noten; 90 Prozent sind elektronisches Buchgeld, das die Banken in Ausübung ihrer Geschäftstätigkeit eigenmächtig selber schaffen. Mit andern Worten: Guthaben auf Konten sind Forderungen gegenüber Banken, also ein Versprechen – aber kein gesetzliches Zahlungsmittel!

Zahlungsmittel ausserhalb der Bankbilanzen

Hier setzt die Vollgeld-Initiative an. Das Geldschöpfungsmonopol der Schweizerischen Nationalbank (SNB) soll auf das elektronische

Buchgeld ausgeweitet werden. Es wird wie Münzen und Noten zum gesetzlichen Zahlungsmittel. Das Geld auf den Girokonten gehört dann voll und ganz dem Kontoinhaber. Diese Konten werden wie Treuhandkonten ausserhalb der Bankbilanzen geführt und sind somit bei einer Bankenpleite nicht mehr in der Konkursmasse. Banken dürfen jedoch weiterhin noch mit Geld arbeiten, das sie von Sparern, Unternehmen, Versicherungen, anderen Banken und der Nationalbank zur Verfügung gestellt bekommen. Für die Kreditvergabe eigenes Geld zu schaffen, ist ihnen aber nicht mehr erlaubt.

Mit der Umsetzung der Vollgeld-Initiative erhält die Schweiz das sicherste Geld der Welt. Finanzblasen und Spekulationen durch die Geldherstellung der Banken werden verhindert und damit die Realwirtschaft stabilisiert. Der Staat wird aus der bisherigen Geiselschaft befreit: Da der Zahlungsverkehr vom übrigen Bankgeschäft getrennt wird, müssen Banken künftig nicht mehr wegen des »too



big to fail« mit Steuergeldern gerettet werden.

Vollstart-Event am 7. Juni

Am Dienstag, den 3. Juni hat die offizielle Sammelfrist der Vollgeld-Initiative begonnen. Die Initiative hat schon bei Menschen und Medien viele Reaktionen erzeugt und Spuren hinterlassen. Schliesslich geht es um nichts Geringeres als um die Sicherheit unseres Finanzsystems, dessen Krisenanfälligkeit von niemandem bezweifelt wird. Das Thema der Geldschöpfung war bislang ein blinder Fleck, das macht die öffentliche Diskussion aufwendiger. Dessen sind wir uns bewusst und deshalb zählt neben Klarheit und Sachlichkeit vor allem das Eine: die gute Vorbereitung.

Wir müssen mit den bescheidenen finanziellen Mitteln von vielen Kleinspendern eine Initiative stemmen, die in ihrer Bedeutung kaum zu überschätzen ist. Hunderte engagierte Unterschriftensammlerinnen und -sammler werden die 100'000 notwendigen Unterschriften in den nächsten 18 Monaten zusammentragen. Die notwendige Energie hierfür wird beim Vollstart-Event am Samstag, den 7. Juni im Volkshaus Zürich getankt!

Bitte beachten Sie den Heftrücken (oder die Leser in Deutschland den Download unter www.vollgeld-initiative.ch): Alle in der Schweiz Stimmberechtigten können die Unterschriftenliste ausfüllen und schnellstmöglich falten und einsenden (auch unvollständig!). Wir danken Ihnen für die Unterstützung für ein faires und sicheres Geldsystem!



FÜR KRISENSICHERES GELD:
GELDSCHÖPFUNG ALLEIN
DURCH DIE NATIONALBANK

Schuldfreie Inumlaufbringung

Wir wollen, dass die Nationalbank im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrags das neu geschaffene Geld schuldfrei durch den Bund, die Kantone oder die direkte Zuteilung an die Bürgerinnen und Bürger in Umlauf bringt. Allein durch diese Umstellung auf Vollgeld entstehen öffentliche Mehreinnahmen von vielen Milliarden Franken. Damit könnten Staatsschulden abgebaut, Steuersenkungen durchgeführt oder Gelder gezielt in die Infrastruktur und Sozialwerke geleitet werden. Das müssen dann jeweils die ParlamentarierInnen entscheiden. Die Nationalbank ist für die Preisstabilität und Kontrolle der Geldmenge verantwortlich, aber nicht für deren Verteilung. Die Initiative wird vom überparteilichen Verein Monetäre Modernisierung (MoMo) getragen und wurde mit einem wissenschaftlichen Beirat seit 2011 vorbereitet. MoMo gehört einem internationalen Netzwerk an, das Organisationen in 17 Ländern umfasst. Weitere Informationen unter: www.vollgeld-initiative.ch

Daniel Meier, Geschäftsführer MoMo e.V.

Momo für Ökonomen: »Zeit ist Geld«

Hinter Michael Endes Buch-Klassiker um das Kind Momo und die Grauen Herren steckt mehr als ein modernes Märchen. Im Hintergrund steht die Idee des alternden Geldes. Der Chiemgauer ist so ein »alterndes Geld«.

Der »Chiemgauer« ist Deutschlands erfolgreichstes Regionalgeld. Im Jahr 2013 wurde ein Umsatz von über 2 Millionen Chiemgauer generiert, dabei konnten fast 60.000 Chiemgauer an Fördergeldern ausgezahlt werden. Für Unternehmer bietet der Chiemgauer ein effektives Instrument zur Kundengewinnung und Kundenbindung. Dabei sind alle Mitglieder des Netzwerks potenzielle Kunden, also nicht nur die 2.500 Verbraucher, sondern auch 600 Unternehmer und 200 Förderprojekte.

Und die einzelnen Mitglieder helfen, die regionalen Betriebe und ihr Lebensumfeld insgesamt zu stärken. Durch den Eintausch von Euro in Chiemgauer werden sie zu Impulsgebern für die Region. Der Eintausch setzt wie ein Dominostein eine Kette von regionalen Umsätzen in Gang.

Umlaufsicherung in der Praxis

Bei der bargeldlosen Zahlung müssen die Verbraucher lediglich ihre Regiocard durch das Kartenlesegerät ziehen und die Zahlung bestätigen. Der Vorgang dauert nur einige Sekunden. Die Euro des Verbrauchers werden auf dem Konto des Händlers in elektronische Chiemgauer verwandelt. Der Händler kann die Chiemgauer auf ein anderes Regiogeld-Girokonto überweisen oder durch Überweisung auf sein Euro-Geschäftskonto rücktauschen. Der Rücktausch hat jedoch die Berechnung eines Regionalbeitrags in Höhe von 5% zur Folge. Die meisten Händler sind bestrebt, die 5% zu sparen und beziehen lieber Leistungen aus dem Chiemgauer-Netzwerk. Dieser Effekt ist ein wesentliches Ziel des Projekts. Im Durchschnitt werden 75% der umgesetzten Chiemgauer im Netzwerk weitergegeben.

Mit den Chiemgauer-Scheinen verhält es sich ganz ähnlich: Als Verbraucher überlegt man sich, wieviel man in den nächsten Wochen ausgeben möchte und hebt zum Beispiel 100 Chiemgauer ab. Diese Chiemgauer sind bis zum Quartalsende ohne Abschlag verwendbar (2% Umlaufsicherung). Die Regel erfordert also, dass die Chiemgauer zeitnah ausgegeben werden. Wird der Quartalswechsel

übersehen, ist das auch nicht schlimm. Hat man beispielsweise vergessen, 20 Chiemgauer auszugeben, dann werden 40 Cent als Umlaufsicherungsgebühr fällig, also zwei Prozent des Nennwertes. Dieser Fall tritt eher selten ein. Ein Mitglied zahlt durchschnittlich pro Jahr gerade mal einen Euro für Klebemarken zum Aufwerten der Chiemgauer-Scheine.



Der psychologische Effekt ist viel größer, denn jeder Chiemgauer-Nutzer achtet darauf, die Chiemgauer zügig auszugeben. Dem sehr kleinen finanziellen Nachteil steht also ein großer Vorteil für die Gemeinschaft gegenüber: Der Umlauf der Chiemgauer ist stetig hoch und führt zu stabilen und krisenunabhängigen Umsätzen.

Momo-Sonderedition

In Kürze ist eine Sonderedition der Chiemgauer-Scheine an allen Ausgabestellen zu haben. Die Rückseiten zieren Motive aus der 2010 erschienenen Neuauflage des Michael-Ende-Klassikers »Momo«. Der Maler und Illustrator Friedrich Hechelmann hat dem Chiemgauer e.V. für diese limitierte Auflage seine Bilder zur Verfügung gestellt.

Dass hinter Michael Endes Geschichte um das Kind Momo und die Grauen Herren mehr steckt als ein modernes Märchen, gab der Autor 1985 gegenüber dem Redakteur der Zeitschrift für Sozialökonomie Werner Onken zu: »...die Kulturfrage kann nur gelöst werden, wenn zugleich oder gar zuerst die Geldfrage gelöst wird. Ich freue mich sehr, dass Sie mein Buch so gut verstanden haben. (...) Übrigens sind Sie bis jetzt der erste, der bemerkt hat, dass die Idee des alternden Geldes im Hintergrund meines Buches Momo steht ...«

Film »40 Jahre Momo«

Mit diesem Zusammenhang beschäftigt sich auch das Filmteam Hanni Welter, Masayo Oda und Oliver Sachs in seinem Film »40 Jahre Momo – Ein Märchen wird erwachsen«. In der 30-minütigen Dokumentation begegnen wir neben zahlreichen Weggefährten Michael Endes auch dem Künstler selbst in einem bis jetzt in Deutschland unveröffentlichten Interview über den Einfluss von Geldsystemen auf Gesellschaft und Umwelt, das der Schriftsteller einem japanischen Filmteam zwei Jahre vor seinem Tod gab.

Der Film wurde erstmals am 30. Mai 2013 in der Sendereihe »Lebensformen« in Sat1 Bayern ausgestrahlt. Ein Zuschauer schrieb dazu: »Wer da keine Gänsehaut bekommt, ist Investmentbanker.«

Tagung »Zeit ist Geld«

Der Chiemgauer e.V. setzt sich seit einem guten Jahr mit dem Thema Zeit, Geld, Gemeinschaftsbildung anhand des 40 Jahre alten Buchklassikers auseinander. Daraus entwickelte sich die am Samstag, den 28. Juni in Rosenheim stattfindende Tagung »Zeit ist Geld« (siehe Termine S. 23).

Der Erdenker des Chiemgauers und Experte in Sachen Regionalwährung Christian Gelleri konnte ebenso gewonnen werden wie das Filmteam von »40 Jahre Momo«. Weitere Referenten sind noch in Planung. Reichlich Gelegenheit also, sich mit den Themen auseinanderzusetzen und mehr darüber zu erfahren, inwieweit Michael Ende mit seinem Werk eine ökonomische Parabel geschaffen hat, die heute aktueller ist denn je.

Mehr Infos: www.Chiemgauer.info



Buchvorstellungen

Edwin Kreitz: Die Zwickmühle – warum wir drin sitzen und wie wir wieder herauskommen. Mebikus 2014, 126 S., 10.00 €, ISBN: 978-3-00-041885-3

Edwin Kreitz macht Mut: »Unsere Gesellschaft braucht einen grundlegenden Wechsel des Geld-, Wirtschafts-, und Sozialsystems. Diese Wende können wir nicht der Politik überlassen, die nach Macht und Karriere strebt. Wir müssen die Verantwortung selbst übernehmen und über die Ursachen der Probleme aufklären.« Mit meinem Buch möchte ich zu dieser Aufklärung meinen Beitrag leisten. Mit vielen kleinen Schritten schaffen wir irgendwann den großen Schritt aus der Zwickmühle, in die unsere Gesellschaft geraten ist«, sagt der Autor auf www.Die-Zwickmuehle-das-Buch.de

Sein Büchlein will keine wissenschaftliche Abhandlung sein, sondern sucht einen anderen Weg zum für viele schwer zugänglichen Thema Geld und Wirtschaft. Mit eindrucksvollen Illustrationen und vielen lebendigen Beispielen ausgestattet spricht es den Leser auf der emotionalen Ebene an. Es kommt ganz ohne Literaturhinweise oder Stichwortverzeichnis aus. Ein Fairconomy-Leser weiß trotzdem spätestens bei der Erwähnung von M. Kennedy und der Grafik von H. Creutz (Zinsgewinner), woher der Autor viele seiner Einsichten bezieht.

Die Lösung der in sechs Kapiteln beschriebenen Probleme fällt etwas kurz aus. Mehrfach empfohlen wird die Abschaffung der Zinsen. Stattdessen soll es Kreditvergabegebühren geben, die dann neben den bankbetrieblichen Bearbeitungskosten zudem einen großen Teil der heutigen Steuereinnahmen ersetzen sollen. Letzteres ist jedoch ungenügend durchdacht. Eine Umlaufsicherungsgebühr, wie die INWO sie anstrebt, erscheint dem Autor nur für eine Übergangszeit nötig, bis der Staat die Geldschöpfungshoheit aus der Hand der Banken wieder zurückgewonnen hat. Die Zweitwährungen sieht er nur als Vorstufe für eine umfassende Geldreform. Sein bevorzugter Ausblick auf ein anderes Wirtschaftssystem: Schenkt einander Zeit und tauscht ohne das Hilfsmittel Geld!

Leider wird die Bodenproblematik mit keinem Wort erwähnt. Auch die Notwendigkeit der Reform unserer demokratischen Ordnung im liberalen und geldmonopolfreien Sinne geht

nicht schlüssig aus seinen Vorschlägen hervor. Auf jeden Fall ist dies ein junger, frischer Versuch, den Problembereich einem nicht »vorbelasteten« Publikum nahezubringen.

Gudrun Müller

Thomas Piketty: Capital in the Twenty-First Century. 696 S., Harvard University Press 2014, 35.00 €, ISBN 978-0674430006

Das Buch »Capital in the Twenty-First Century« von Thomas Piketty ist in aller Munde. In den USA bricht es Verkaufsrekorde und hat mit 685 Seiten die Chance, ein Klassiker zu werden: Schon der Titel des Buches knüpft an Karl Marx an. Und es ist DAS Thema unter ökonomisch Interessierten. Allerdings begnügen sich wohl die meisten Leser nach den ersten 80 Seiten entnervt mit rationaler Ignoranz und legen den Wälzer wieder beiseite.

Inhaltlich geht der gefeierte Piketty indessen nicht weit über die gescholtenen orthodoxen Ökonomen hinaus. In seinem Diskussionspapier »Critical Remarks on Piketty's »Capital in the Twenty-first Century« kritisiert der – durchaus nicht als heterodox bekannte – Ökonom Stefan Homburg, dass die Analyse von Piketty eine Unterscheidung von Land und Kapital vermissen lässt. Insoweit steht Piketty in der neoklassischen Tradition von Clark (1893) und Knight (1946/1951), die als eine der ersten mit Erfolg diese Nebelkerzen warfen (in kaum einem Lehrbuch wird mehr zwischen Land und Kapital unterschieden).

Beides wird auch von Piketty stattdessen unter »Wealth« verrührt. Dann wird eine »Wealth-Income-Ratio« gebildet, die immer weiter ansteigt. Der von Piketty gezogene Schluss, dass dies auf eine Akkumulation des Faktors Kapital zurückzuführen ist, ist jedoch unhaltbar. Homburg zeigt anhand von OECD-Daten für das Beispiel Frankreich, dass vielmehr der Wert des Faktors Grund und Boden seit 1999 immer stärker inflationiert wurde. Seit der Einführung des Euro verdreifachten sich die Bodenpreise. Dies machte in Wesentlichen Teilen den Anstieg der »Wealth-Income-Ratio« aus; die Relation von »Kapital« zum Bruttoinlandsprodukt veränderte sich hingegen nicht nennenswert.

Zwar verzeichneten Wohngebäude innerhalb des Faktors Kapital durchaus eine erwähnenswerte Zunahme, nicht aber Maschinen und Ausrüstungen, die im Übrigen lediglich 5 % des Gesamtvermögens ausmachen. Dies ist bedeutsam, zumal die auf S. 221 von Piketty getroffene Schlussfolgerung,

»ausgebildete Roboter« (»sophisticated robots«) würden immer stärker den Faktor Arbeit ersetzen und einen immer höheren Anteil des Nationaleinkommens an sich ziehen, mit den Fakten nicht in Übereinstimmung zu bringen ist.

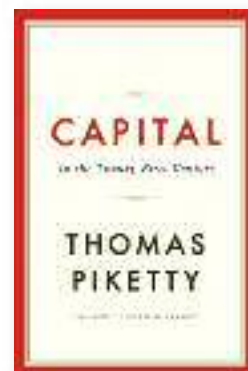
Ein Anstieg des Wertes des Gesamtvermögens ist also nicht auf einen Anstieg des Kapitaleinkommens am Nationaleinkommen zurückzuführen, und der Anstieg des Verhältnisses von Vermögen zu Einkommen wurde größtenteils nicht durch Ersparnisse und darauf basierendem Wirtschaftswachstum verursacht.

Homburg reißt allerdings mit dem Hinterteil wieder ein, was er zuvor mit seinen Händen aufgebaut hat: So ist er der Meinung, dass die Produktion durch die steigenden Bodenpreise nicht beeinträchtigt wird (S. 8). Er erkennt dabei, dass steigende Landpreise weiteres Kapital auf sich ziehen – zu Lasten produktiver Investitionen (vgl. Mattauch et al. 2013, S. 15). Schließlich verharmlost er die steigenden Bodenpreise in verteilungspolitischer Hinsicht dahingehend, dass seiner Meinung nach gerade die Mittelklasse hiervon profitierte (S. 7). Homburg erkennt dabei nicht, dass – wie in diesem Blog anhand der Branchenstudien (»Gewinne und Renten: Beispiel ...«) wiederholt illustriert wurde – der Kern der Gewinne von Großunternehmen die ökonomischen Renten sind. Diese entfallen größtenteils auf Land – wobei der Begriff »Land« in diesem Blog immer in einem weiten, an die klassischen Ökonomen anknüpfenden Verständnis verwendet wird, der über »Grund und Boden« weit hinausgeht. Der Wert des Eigenkapitals dieser Großunternehmen repräsentiert im Kern ebendiesen Wert von Land (Löhr 2013). Dies entgeht Homburg – und damit ebenfalls, dass die Shareholder-Value-Unkultur eng im Zusammenhang mit der Bodenpreisentwicklung steht und maßgeblich dazu beiträgt, den Mittelstand zunehmend zu erodieren.

So bleibt festzuhalten: So wertvoll die Datensammlungen von Piketty auch sind – das Buch ist mit großer Vorsicht zu genießen. Ebenso wie die Kritik von Homburg.

Dirk Löhr

Quelle: Blog <http://rent-grabbing.com>





Bestellen Sie weiterführende Literatur aus unserem Shopangebot!

Aktuell



Fritz Schwarz

Das Experiment von Wörgl. Ein Weg aus der Wirtschaftskrise

Das Experiment von Wörgl war ein praktischer Versuch, die Freiwirtschaftslehre von Silvio Gesell umzusetzen. Er wurde nach eineinhalb Jahren von staatlicher Seite verboten. In der Zwischenzeit jedoch (1932/33) erlebte die Gemeinde Wörgl in Österreich mit ihrem Freigeldversuch einen ungeahnten wirtschaftlichen Aufschwung inmitten der Weltwirtschaftskrise. 92 S., Synergia Verlag Aufl. 2011, 10.01 €, Art.Nr. K9



Dirk Lohr: Prinzip Rentenökonomie. Wenn Eigentum zu Diebstahl wird

Mit einem Geleitwort von Gerhard Scherhorn

Ökonomische Renten sind Erträge, denen keine Kosten gegenüberstehen – wenigstens einzelwirtschaftlich. Allerdings gibt es nichts umsonst. Irgendjemand wird immer belastet, und sei es durch Verzichtskosten. Das Muster: Gut organisierte Gruppen streichen die ökonomischen Renten ein, die Kosten werden auf schwach organisierte Gruppen abgewälzt. Unsere Eigentumsordnung leistet dem Vorschub. Die »Erbsünde« ist das Privateigentum an Land und die daraus fließenden Renten.

198 S., metropolis Verlag 2013, 22.00 €, Art.Nr. I5

Standardliteratur zur Geld- und Bodenreform



Helmut Creutz: Das Geldsyndrom 2012, Broschiert, 483 S., Hochschulverlag 2012, 16.80 €, Art.Nr. A3



Arno Gahrman: Wir arbeiten, und nicht das Geld. Wie wir unsere Wirtschaft wieder lebenswert machen, 224 S., Westend Verlag 2013, 17.99 €, Art.Nr. D5



Margrit Kennedy: Occupy Money. Damit wir zukünftig ALLE die Gewinner sind, Broschiert, 112 S., Kamphausen Verlag 2011, 9.95 €, Art.Nr. I3



Christian Kreiß: Profitwahn. Warum sich eine menschengerechtere Wirtschaft lohnt, Broschiert, 232 S., Tectum Verlag 2013, 17.95 €, Art.Nr. C9



Edwin Kreitz: Die Zwickmühle - Warum wir drin sitzen und wie wir wieder rauskommen, 126 S., Mebikus Verlag 2014, 10.00 €, Art.Nr. K11



Dirk Lohr: Die Plünderung der Erde. Anatomie einer Ökonomie der Ausbeutung. Ein Beitrag zur Ökologischen Ökonomik, Broschiert, 485 S., Verlag für Sozialökonomie 2009, 34.00 €, Art.Nr. E5



Werner Onken: Geld- und bodenpolitische Grundlagen einer Agrarwende, Broschiert, 125 S., Verlag für Sozialökonomie 2004, 8.00 €, Art.Nr. C6



Klaus Popp: Das Märchen vom guten Zins, Gebundene Ausgabe, 180 S., Signum Verlag 2006, 7.95 €, Art.Nr. A7



Gerhard Senft (Hg.): Land und Freiheit. Zum Diskurs über das Eigentum von Grund und Boden in der Moderne, 198 S., Promedia Verlag und Verein Kritische Geographie 2013, 15.90 €, Art.Nr. I9



Wera Wendnagel: Mama Moneta oder die Frauenfolge, Broschiert, 201 S., Neuauflage INWO 2012, 9.80 €, Art.Nr. C9



Kostenloses INWO-Werbematerial zum Weitergeben oder zum Verteilen, Versandkostenpauschale: 3.50 €

Im **INWO-Shop auf der Homepage** können Sie weitere Literatur sowie Werbematerial wie Bierdeckel, T-Shirts usw. bestellen.
www.inwo.de/shop

Versandbedingungen

Die angegebenen Preise sind Bruttopreise und enthalten bereits die Mehrwertsteuer von 7% für Schriften und Bücher bzw. 19% bei allen anderen Artikeln. Für Bestellungen innerhalb Deutschlands, mit einem Bestellwert unter 20 Euro, berechnen wir zusätzlich 3.50 € (inkl. 19% MwSt.) Versandkosten. Ab 20 € Bestellwert liefern wir versandkostenfrei. Innerhalb Deutschlands verschicken wir gegen Rechnung. Sendungen ins Ausland versenden wir nur noch gegen Vorkasse. Bei Versand ins Ausland bitte die Versandgebühren telefonisch erfragen! Tel: +49 06623 919601. Unsere Allgemeinen Geschäftsbedingungen und die Widerrufsbelehrung finden Sie unter www.inwo.de/shop/allgemeine-geschaeftsbedingungen/

Rechnungsadresse

Vorname*

Name*

Straße*

PLZ*

Stadt*

Land*

Telefon

Email*

Bemerkung: (Hier können Sie auch eine abweichende Lieferadresse angeben)

Ort, Datum

Unterschrift

Hinweis: Felder mit * sind Pflichtfelder. Ihre Daten werden nicht an Dritte weitergegeben!

Mitgliedsantrag

INWO e.V.
Wüstefeld 6
36199 Rotenburg

Ich möchte förderndes Mitglied der INWO Deutschland e.V. werden!

- ☐ Ich zahle jährlich 48 Euro (regulärer Beitrag inklusive Zeitschrift)
☐ Ich zahle jährlich 24 Euro (ermäßigt inklusive Zeitschrift)
☐ Ich zahle jährlich 12 Euro (ohne den Bezug der Zeitschrift)
☐ Ich spende einen zusätzlichen Beitrag von jährlich _____ Euro. ☐ Ich spende zusätzlich einmalig _____ Euro.

Eine Bescheinigung für steuerbegünstigte Zuwendungen (Mitgliedsbeitrag und Spenden) wird ab jährlich 100 Euro oder auf Wunsch ausgestellt. Zuwendungen bis 200 Euro können gegenüber dem Finanzamt auch mittels Kontoauszug belegt werden.

Vorname

Name

Straße

Postleitzahl

Ort

E-Mail-Adresse (bitte angeben für regelmäßige und außerordentliche Mitgliederinformationen), Telefon, Fax

Datum

Unterschrift

Die folgenden Angaben sind hilfreich, aber nicht zwingend erforderlich:

Geburtsdatum, Beruf, Tätigkeit

Auf die INWO wurde ich aufmerksam durch:

☐ Faltblatt ☐ Bekannte ☐ Internet ☐ Vortrag ☐ Seminar ☐ Sonstiges _____

Datenschutzhinweis: Ihre Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst und ggf. durch Beauftragte der INWO zu vereinsbezogenen Informations- und Werbezwecken verarbeitet und genutzt. Wir geben keine Daten an Dritte weiter! Sie können der Speicherung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten widersprechen. Dazu schreiben Sie bitte an INWO Versand, Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg a.d. Fulda.

Gläubiger-Identifikationsnummer der (INWO) Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung: **DE90NWO00000047916**

1. Einzugsermächtigung: Ich ermächtige die INWO e.V. widerruflich, die von mir zu entrichtenden Zahlungen bei Fälligkeit durch Lastschrift von meinem Konto einzuziehen.

2. SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige die INWO e.V., Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der INWO e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kreditinstitut (Name und BIC)

DE ____ | ____ | ____ | ____ | ____ | ____
IBAN:

Datum, Ort Unterschrift

Vertretungsberechtigter Vorstand: Vlado Plaga, Erich Lange, Frank Rösner, Registergericht: Amtsgericht Frankfurt/Main, Registernummer: VR 10338, Bankverbindung, GLS Gemeinschaftsbank e.G Bochum, IBAN: DE 32430609676010451400; BIC: GENO DE M 1 GLS;

■ Do., 12. Juni 2014, 19.00-22.00 Uhr,
Café im Forum 3, Gymnasiumstraße 21,
70173 Stuttgart

Treffen der INWO-Regionalgruppe Stuttgart

Monatlich treffen sich Aktive aus Stuttgart und Umgebung um aktuelle Ereignisse aus Wirtschaft und Politik zu besprechen und Aktionen zu planen. Gäste sind herzlich willkommen!

Weitere Treffen am 10. Juli und 11. September 2014

Zur INWO-Regionalgruppe siehe:
www.inwo.de/inwo-vor-ort/stuttgart/
Kontakt und Info: Stuttgart@INWO.de

**Di., 17. Juni 2014, 18 Uhr, Nat. Med. Bau,
HS 19, Campus Mainz**

Podiumsdiskussion: »Wachstumskritik aus interdisziplinärer Perspektive«

Die gesellschaftliche Kritik an den gängigen wachstumszentrierten Wirtschaftsmodellen wird immer stärker, aber wo lässt sich diese akademisch verorten, was sind mögliche Analyseansätze und welche Perspektiven sind möglich? Vertreter aus den wissenschaftlichen Disziplinen der Psychologie, Mineralogie, Ökonomie und der ökonomischen Glückforschung werden diese und andere Fragen auf dem Podium diskutieren.

Gäste: Prof. Dr. Flassbeck – ehemaliger Chef-Volkswirt der UNCTAD, Prof. Dr. Hofmeister – Vizepräsident für Forschung der JGU, PD Dr. Binder – Professor für VWL am Bard College Berlin, Prof. Dr. Rigotti – Professor für Arbeits-, Organisations- und Wirtschaftspsychologie an der JGU

■ So., 22. Juni 2014, 19.30 Uhr, Rudolf-Steiner-Haus, Thomas-Mann-Straße, Bonn
»Reichtum und Armut gehören nicht in einen geordneten Staat« – Silvio Gesells Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld

Vortrag von Vlado Plaga

Weitere Infos: <http://www.rudolf-steiner-haus-bonn.de/>

■ Sa., 28. Juni 2014, 10-16 Uhr, Bildungswerk St. Niklaus, Pettenkofer Str. 5, Rosenheim
Momo für Ökonomen: »Zeit ist Geld«

Seit einem guten Jahr setzt sich der Chiemgauer e.V. mit dem Thema Zeit, Geld, Gemeinschaftsbildung anhand des zwar schon 40 Jahre alten aber selten so aktuellen Buches »Momo« auseinander und entwickelte daraus eine Tagung.

Mit Diplom-Ökonom und Autor Werner Onken und dem Team des Films »40 Jahre Momo – Ein Märchen wird erwachsen«. Ihnen als Gast bietet sich mit dem geplanten Programm aus Impulsreferat, Podiumsdiskussion, Filmvorführung des oben beschriebenen Films und Gesprächskreisen reichlich Gelegenheit, sich mit den Themen auseinanderzusetzen und mehr darüber zu erfahren, inwieweit Michael Ende mit seinem Werk letztlich eine ökonomische Para-

bel geschaffen hat, die heute aktueller ist denn je.

**Anmeldungen unter Tel.: 0861-20 99 53 80
oder per E-Mail: traunstein@chiemgauer.info**

■ Mi., 2. Juli 2014, 19.00-21.30 Uhr, Auslands-gesellschaft, Steinstr. 48 (direkt hinter dem Hauptbahnhof), Dortmund

Treffen der INWO-Regionalgruppe Dortmund

Jeden ersten Mittwoch im Monat (außer in den Schulferien) treffen sich Aktive aus Dortmund und Umgebung, um aktuelle Ereignisse aus Wirtschaft und Politik zu besprechen und Aktionen zu planen. Gäste sind herzlich willkommen!

Weitere Treffen am 3. September und 1. Oktober 2014
Zur INWO-Regionalgruppe siehe:
www.inwo.de/inwo-vor-ort/dortmund/
Kontakt und Info: Dortmund@INWO.de

■ Sa., 5. Juli 2014, 10-17 Uhr, Gewerkschafts-haus, Schwanthalerstraße 64, München
22. isw-forum: Ist Wohlstand ohne Wachstum möglich?

Im Kapitalismus gelten nur Werte, die auf dem Markt in Geld verwandelt werden können. Deshalb stehen die Profitinteressen über denen der vernünftigen Reproduktion von Mensch und Natur. Wir müssen unsere Lebensweise ändern, wenn wir menschlich überleben wollen.

Referate (mit jeweils anschließender Diskussion) von Prof. Ulrich Brand (Uni Wien): Mensch und Natur verlangen die Wachstumsbremse, Sabine Leidig (MdB DIE LINKE.): Die Parteien, der politische Diskurs und das Postwachstum, Uwe Fritsch (Betriebsratsvorsitzender VW Braunschweig): Wohlstand ohne Automobilproduktion?, Franz Garnreiter (isw e.V.): Wirtschaft, die wir dringend loswerden müssen

**Eintritt: 5 Euro, ermäßigt 3 Euro
Infos:** <http://www.isw-muenchen.de>

■ So., 6. Juli 2014, Gewerkschafts-haus Frankfurt, Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77

Treffen TTIP-Kampagnengruppe Attac

Die bundesweite Attac-Kampagnengruppe gegen TTIP trifft sich. Neue Interessierte mit Bereitschaft zur längerfristigen Mitarbeit sind herzlich willkommen. Bei Interesse bitte melden bei: ttip@attac.de

■ Sa.-So., 19.-20. Juli 2014, Seminar für freiheitliche Ordnung, Badstraße 35, 73087 Bad Boll

Negative Zinsen – ein heilsames Gift?

Wer sich über die Funktionen und Funktionsweisen verschiedener Zinsen und die Idee ihrer Absenkung in den negativen Bereich informieren

möchte, für den ist dieses Seminar genau richtig! Zum Programm siehe S. 13.

Weitere Informationen und Anmeldung:
Sffo, Tel. 07164-35 73, Fax: 07164-70 34, E-Mail: sffo@gmx.net, Internet: www.sffo.de.
Ein Beitrag zu den Kosten wird erbeten (Richtsatz 25 Euro).

■ Fr.-So., 25.-27. Juli 2014,
Günther-Klotz-Anlage, Karlsruhe
30 Jahre »Das Fest«

... und wieder ist die INWO dabei!
Mehr Infos: www.dasfest.de

■ Di.-Sa., 2.-6. September 2014, Universität Leipzig, Augustusplatz 10, Leipzig

4. Internationale Degrowth-Konferenz

Die Degrowth-Konferenz hinterfragt die Fixierung auf Wirtschaftswachstum in der Wirtschaftspolitik und fördert sozial-ökologische Alternativen. Sie bietet einen Rahmen für wissenschaftliche Debatten, den Austausch von Aktivistinnen und Praktikerinnen und die künstlerische Auseinandersetzung mit dem Thema.

Es gibt u.a. Arbeitsgruppen zu »Money and Finance«, »Commons and Peer Economy« und »Basic income«

Programm und Anmeldung unter:
<http://leipzig.degrowth.org/de/>

■ Di., 4. November 2014, 19.30, Melanchthon-Akademie, Kartäuserwall 24b, Köln

»Negative Zinsen und ihre Auswirkungen – Perspektiven eines volkswirtschaftlichen Novums«

Vortrag von Fritz Andres, Vorstandsmitglied beim Seminar für freiheitliche Ordnung, Bad Boll
Die neuere Entwicklung wirft daher interessante Fragen auf: Geht der Kapitalismus auch ohne Revolution seinem Ende entgegen? Stehen wir vor einer bisher kaum bemerkten wirtschaftlichen Zeitenwende? Was sind die gesellschaftlichen, was die politischen Auswirkungen eines niedrigen oder sogar negativen Zinses und was sind dessen Konsequenzen für den Einzelnen?

Hinweis: Die monatlichen Treffen der INWO-Regionalgruppe Köln finden bis auf weiteres nicht statt. **Kontakt und Info:** Koeln@INWO.de

■ Sa.-So., 22.-23. November 2014, Reinhardswaldschule, Rothwestener Straße 2-14, Fulda-tal-Simmershausen

54. Mündener Gespräche

Anmeldung bei: Sozialwissenschaftliche Gesellschaft, c/o Christopher Ranft, Am Römerweg 4, 84424 Isen, oder Fax an: 0431-679 36 51
Weitere Informationen unter:
www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de

Termine Deutschland

Stell dir vor ...

A close-up photograph of a snail moving along a vibrant green leaf. The snail's body is a dark, moist grey, and its two long eye stalks are extended forward. Its shell is a light brown color with distinct spiral ridges. The leaf it is on is a bright, almost neon green, with a prominent central vein. The background is a soft, out-of-focus green, creating a sense of depth and focus on the snail's slow movement.

... du hast bei einem Wettbewerb den folgenden Preis gewonnen: Jeden Morgen stellt dir die Bank 86.400 Euro auf deinem Bankkonto zur Verfügung. Doch dieses Spiel hat gewisse Regeln.

Die erste Regel lautet: Alles, was du im Laufe des Tages nicht ausgegeben hast, wird dir wieder weggenommen, du kannst das Geld nicht einfach auf ein anderes Konto überweisen, ...

du kannst das Geld nur ausgeben.

Aber jeden Morgen, wenn du erwachst, stellt dir die Bank erneut 86.400 Euro für den kommenden Tag auf deinem Konto zur Verfügung.

Die zweite Regel ist: Die Bank kann das Spiel ohne Vorwarnung beenden, zu jeder Zeit kann sie sagen: Es ist vorbei, das Spiel ist aus. Sie kann das Konto schließen, und du bekommst kein neues mehr. Was würdest du tun? Du würdest dir alles kaufen, was du möchtest? Nicht nur für dich selbst, auch für alle anderen Menschen, die du liebst? In jedem Fall aber würdest du versuchen, jeden Cent so auszugeben, dass du ihn bestmöglich nutzt, oder?

Weißt du, dieses Spiel ist die Realität. Jeder von uns hat so eine Bank. Wir sehen sie nur nicht, denn die Bank ist die Zeit. Jeden Morgen, wenn wir aufwachen, bekommen wir 86.400 Sekunden Leben für den Tag geschenkt, und wenn wir am Abend einschlafen, wird uns die übrige Zeit nicht gut geschrieben. Was wir an diesem Tag nicht gelebt haben, ist verloren. Gestern ist vergangen. Jeden Morgen beginnt sich das Konto neu zu füllen, aber die Bank kann das Konto jederzeit auflösen, ohne Vorwarnung. Also lebe dein Leben, teile es mit denen, die du liebst. Denn du hast nur eins.